Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank AG
Finanzbericht 2014

FINANZBERICHT 2014

003
AN DIE AKTIONÄRE

035
ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

085
ABSCHLUSS

091
ANHANG

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief 004
Die Aktie 006
Corporate-Governance-Bericht 008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB 016
Vergütungsbericht 018
Bericht des Aufsichtsrats 028

Zusammengefasster Lagebericht 035

Grundlagen des Konzerns 036
Wirtschaftsbericht 041
Geschäftsentwicklung 043
Prognose-, Chancen- und Risikobericht 054
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB) 057
Risikobericht 060

Abschluss 085

HGB-Bilanz 086
Gewinn- und Verlustrechnung 088

Anhang 091

Mandate der Organmitglieder 110
Gewinnverwendungsvorschlag 112
Versicherung der gesetzlichen Vertreter 113
Anlage zum Jahresabschluss gemäß KWG § 26a Offenlegung durch die InstituteBestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 114
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 116

003

AN DIE AKTIONÄRE

Aktionärsbrief 004

Die Aktie 006

Corporate-Governance-Bericht 008

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB 016

Vergütungsbericht 018

Bericht des Aufsichtsrats 028

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie unsere OLB als Aktionär und Freunde verbunden sind!

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich 2014 fortgesetzt. Während sich die Eurozone weiterhin nur verhalten entwickelte, ist das Zinsniveau nochmals deutlich zurückgegangen. Die deutsche Konjunktur durchlief nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn im Sommer eine Schwächephase, konnte sich zum Jahresende aber wieder stabilisieren. Als konjunkturelle Stütze erwies sich dabei einmal mehr der private Konsum, der seit Jahren von einer stetigen Zunahme der Beschäftigtenzahlen getragen wird. Für das Jahr 2015 erwarten wir aufgrund des niedrigen Ölpreises und des im Außenwert schwächer bewerteten Euros ein robustes Wachstum für Deutschland und den Nordwesten. Weder Inflationshöhe noch Leitzins, Konjunkturentwicklung oder Markterwartungen als zentrale Einflussfaktoren weisen derzeit auf eine Erholung des Zinsniveaus hin. Das im März 2015 gestartete Anleiherückkaufprogramm der Europäischen Zentralbank untermauert diesen Trend zusätzlich. Neben erhöhten regulatorischen Anforderungen und sich veränderndem Kundenverhalten mit zunehmender Nutzung digitaler Angebote wird analog zum Vorjahr also auch 2015 das Niedrigzinsumfeld die Bankenbranche beschäftigen.

Ihrer OLB ist es in diesem anspruchsvollen Umfeld gelungen, nach 9,1 Mio. Euro im Vorjahr ein deutlich erholtes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 34,7 Mio. Euro zu erwirtschaften. Auf dieser Basis schlagen Vorstand und Aufsichtsrat Ihrer Bank der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vor, mit der Zuführung von 14,2 Mio. Euro zu den anderen Gewinnrücklagen die Substanz der Bank weiter zu stärken. Parallel möchten wir auch Sie, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, an der positiven Geschäftsentwicklung beteiligen und schlagen vor, je Aktie eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro auszuzahlen (Vorjahr: 0,10 Euro).

Unser Kundengeschäft in der Regionalbank verlief erfolgreich. Das Geschäftsvolumen stieg auf rund 21 Mrd. Euro. Für ihre Geldanlagen legten die Kunden großen Wert auf Sicherheit. Dass sie hohes Vertrauen in die OLB haben, zeigte sich im erneuten Zuwachs des Kundeneinlagenvolumens auf rund 7,8 Mrd. Euro.

Damit ist weiterhin eine sehr robuste Basis für die Refinanzierung des Kreditgeschäfts geschaffen. Mit Krediten in Höhe von 10,1 Mrd. Euro haben wir Firmen- und Privatkunden in der Region unterstützt.

Bei den Erträgen sahen wir eine solide Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte stabil gehalten werden. Der verringerte Provisionsüberschuss erklärt sich mit der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank Mitte 2013. In der Regionalbank verlief das Provisionsgeschäft ohne größere Schwankungen. In den strategischen Segmenten Privat- und Geschäfts-

kunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden konnten wir die Summe der Segmentergebnisse um rund 20 Mio. Euro steigern. Hier zahlte sich die gezielte und bedarfsgerechte Ansprache unserer Kunden aus.

Bei der Kostenentwicklung machten strengere Anforderungen an die Regulierung des Bankgeschäfts ebenso weitere Aufwendungen notwendig wie die Tariferhöhungen im Bankgewerbe. Infolge der beendeten Geschäftstätigkeit der Allianz Bank konnte der Verwaltungsaufwand gegenüber dem Vorjahr insgesamt dennoch um 10 % auf 237,9 Mio. Euro reduziert werden.

Hatte sich im Vorjahr die Risikovorsorge noch belastend auf das Ergebnis ausgewirkt, war die Entwicklung im Geschäftsjahr 2014 insbesondere im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio der Bank günstig. Die Branchenkrise im Schifffahrtsbereich wirkte sich auch im abgelaufenen Jahr weiter auf die Bewertung aus. Eine Markterholung in größerem Umfang blieb aus, doch entwickelte sich die Risikovorsorge für unser Schiffsportfolio moderater als im Vorjahr. So ergab sich insgesamt ein Rückgang des Risikovorsorgebedarfs von 81,5 Mio. Euro auf 39,0 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme blieb mit 14,1 Mrd. Euro auf hohem Niveau. Unsere Kernkapitalquote konnten wir ausbauen: Mit 9,8 % lag sie deutlich über dem für 2019 formulierten aufsichtsrechtlichen Zielwert von 8,5 %.

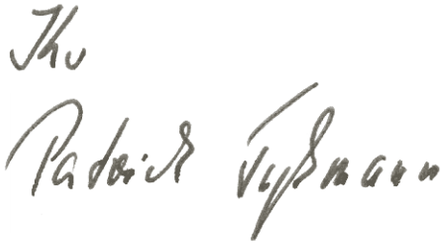
Unter Berücksichtigung einer Zuführung von 14,2 Mio. Euro zu den anderen Gewinnrücklagen ergibt sich auf Basis des 31. Dezember 2014 eine Kernkapitalquote von 10,1 %. Wachsende Kapitalquoten sind für uns wichtig, um die regulatorischen Anforderungen nachhaltig zu erfüllen sowie das Wachstum unserer Kunden in der Region weiter eng begleiten und mit dem geforderten Eigenkapital unterlegen zu können. Darum wird für uns das Thesaurieren von Gewinnen wesentlich bleiben.

Um unsere zukunftsfähige Aufstellung weiter zu stärken, treiben wir die Modernisierung des Privatkundengeschäfts voran. Wie für die gesamte Bankenbranche ist die zunehmende Digitalisierung auch für uns ein zentrales Thema. Parallel regional und digital für unsere Kunden da zu sein, ist der OLB-Weg, den wir gehen. Wir wollen weiter wachsen und unseren Kunden als Multikanalbank zeitgemäße Angebote liefern. Uns ist wichtig, dass die Kunden je nach Bedarf wählen können, wie sie uns erreichen: in der Filiale, im Internet oder per Telefon. Dabei werden wir in den Filialen noch stärker die Kompetenz unserer Mitarbeiter in den Mittelpunkt stellen, um die Kunden insbesondere in den beratungsintensiven Bereichen nachhaltig von uns zu überzeugen.

Für das Geschäftsjahr 2015 haben wir uns vorgenommen, die Erträge in einem herausfordernden Umfeld zu steigern und die Kosten im Griff zu behalten. Wir wollen unsere solide Geschäftsentwicklung aus 2014 fortsetzen.

Können wir unsere ambitionierten Ziele voll umsetzen, erwarten wir für 2015 bei gut abgeschirmten Risiken eine Verbesserung des Ergebnisses.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort: Dies ist mein erster Aktionärsbrief an Sie, seit ich zum 1. Januar 2015 die Nachfolge von Dr. Achim Kassow als Vorstandsvorsitzender Ihrer OLB angetreten habe. Als Norddeutscher freue ich mich, hier in einem starken, stabilen Führungsteam mit kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten zu können – und mit meiner Familie in dieser Region zu leben. Mich reizt es, ein Haus zu leiten, das regional stark vernetzt ist, einen sehr guten Namen hat und unternehmerisch agieren kann. Meine Vorstandskollegen und ich freuen uns, wenn Sie Ihre OLB auf diesem Weg begleiten.



Patrick Tessmann
Vorsitzender des Vorstands

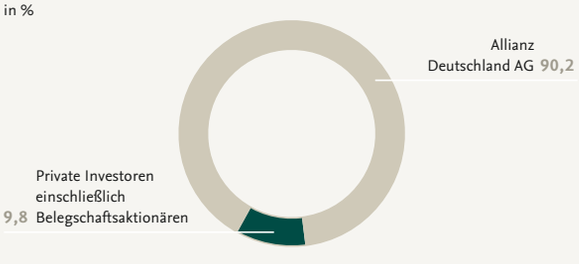
Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

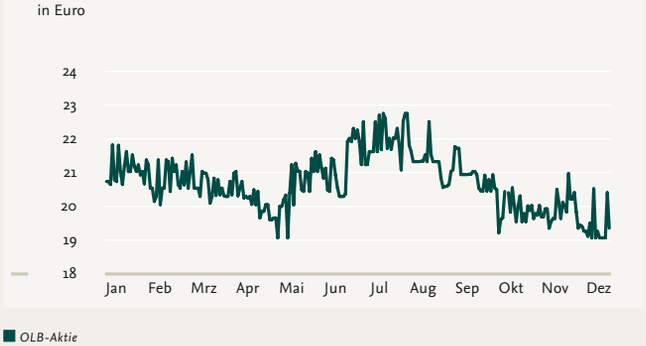
Die Ereignisse des Jahres 2014 führten zu volatilen Kursen an den Aktienmärkten. Insbesondere die Ukraine-Krise verunsicherte die Anleger und der deutsche Leitindex DAX sank zwischenzeitlich unter 8.600 Punkte. Verbesserte Konjunkturprognosen ließen die Kurse zum Jahresende wieder ansteigen und so schloss der DAX mit gut 9.800 Punkten rund 2,7 % über dem Wert zum Jahresanfang. Gestützt durch die lockere Geldpolitik der EZB, einen für Exporteure günstigen Eurokurs und einen niedrigen Ölpreis setzte sich die positive Kursentwicklung zum Jahresbeginn 2015 weiter fort. Mitte März 2015 notierte der DAX erstmals bei über 12.000 Punkten.

Bei Banken- und Finanzwerten führten Meldungen über deutlich sinkende Zinsmargen und regulatorisch bedingte Kostensteigerungen zu einer negativen Kursentwicklung. Der Branchenindex CDAX Banken lag am Ende des Börsenjahres 2014 knapp 17 % unter dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB bewegte sich 2014 zwischen 18,90 Euro und 22,75 Euro und notierte am Jahresende mit 19,30 Euro 6,5 % unter dem Wert zu Jahresbeginn. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde die Aktie in Frankfurt für 18,80 Euro gehandelt (Stand 17. März 2015).

Aktionärsstruktur



Wertentwicklung der OLB-Aktie 2014



Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31. Dezember 2014). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin, Hamburg und Hannover im regulierten Markt sowie in Düsseldorf, Frankfurt und im elektronischen Handelssystem XETRA im Freiverkehr gehandelt. Mit 133,2 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2014 über dem Niveau des Vorjahres (97,3 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse in Hamburg, gefolgt von der Börse in Frankfurt. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von gut 437 Mio. Euro (Stand 17. März 2015).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen.

Finanzkalender

2015

Bilanz-Pressekonferenz Geschäftsjahr 2014	**12. März 2015**
Veröffentlichung Finanzbericht 2014 AG & Finanzbericht 2014 Konzern im Internet	**30. März 2015**
Zwischenmitteilung per 31.03.2015	**13. Mai 2015**
Hauptversammlung (Oldenburg)	**13. Mai 2015**
Zwischenbericht per 30.06.2015	**13. August 2015**
Zwischenmitteilung per 30.09.2015	**12. November 2015**

Stammdaten

2015

Wertpapierkennnummer (WKN)	**808 600**
ISIN	**DE0008086000**
Aktienart	**Inhaberaktien**
Stückelung	**nennwertlose Stückaktien**
Börsennotierung	**Berlin, Hamburg und Hannover (regulierter Markt) Düsseldorf, Frankfurt, Xetra (im Freiverkehr)**
Anzahl der Aktien	**23.257.143**
Marktkapitalisierung per 17.03.2015	**437,2 Mio. Euro**

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 24. Juni 2014. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2014 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung.

siehe Seite 016

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen zu sorgen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Seit dem 1. Januar 2015 besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzenden bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordinierung innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury-/Eigenbestandslinien.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierten Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im Vergütungsbericht dargestellt. siehe Seite 018

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht, den Abhängigkeitsbericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns. Er erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sowie in Erfüllung von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG hat der Aufsichtsrat folgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
  - unternehmerische Erfahrung;
  - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
  - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
  - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtgremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. mindestens jeweils ein weibliches Aufsichtsratsmitglied auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist im Vergütungsbericht dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht obigem Anforderungsprofil, insbesondere wurden bei der Aufsichtsratswahl 2013 auf Anteilseignerseite eine und auf Arbeitnehmerseite drei Frauen in den Aufsichtsrat gewählt. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden die oben genannten Ziele berücksichtigen. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

siehe Seite 026

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen.

Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses muss über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Oldenburgische Landesbank AG.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss soll mit dem Risikoausschuss zusammenarbeiten und soll sich intern beispielsweise durch das Risikocontrolling und extern von Personen beraten lassen, die unabhängig vom Vorstand sind. Vorstandsmitglieder dürfen nicht an Sitzungen des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses teilnehmen, bei denen über ihre eigene Vergütung beraten wird. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er von der Oldenburgische Landesbank AG angemessene Finanzmittel erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und bei den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten Auskünfte einholen. Der Vorstand muss hierüber unterrichtet werden.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zudem bewertet er Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und spricht diesbezüglich Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat aus. Auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit werden von ihm bewertet. Des Weiteren überprüft er die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und gibt diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ab. Zu seinen Aufgaben gehört ferner die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, und insbesondere der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Oldenburgische Landesbank AG haben. Er überwacht, ob die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ordnungsgemäß einbezogen wurden, und bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement. Zu den Aufgaben des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten. Der Risikoausschuss kann, soweit erforderlich, den Rat externer Sachverständiger einholen und bestimmt Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen, die der Vorstand zum Thema Der Risikoausschuss kann, Strategie und Risiko vorlegen muss.

Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene der OLB. Darüber hinaus befasst sich dieser Ausschuss mit der Risikosituation der Bank. Der Risikoausschuss überwacht zudem, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur gestaltet werden können. Er überprüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Ferner erteilt er die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf, darunter auch Organkredite nach § 15 KWG. Schließlich genehmigt der Risikoausschuss den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Der Vorsitzende des Ausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Sofern der Vorsitzende nicht als unabhängig im Sinne von §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG anzusehen ist, muss dem Prüfungsausschuss noch mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi als Vorsitzender des Prüfungsausschusses unabhängig ist und den erforderlichen Sachverstand besitzt. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement-, des internen Revisions- sowie Compliancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Zudem erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratstätigkeit.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Nominierungsausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er angemessene Finanzmittel erhalten. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu ermitteln und dabei unter anderem auf die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

Der Nominierungsausschuss erarbeitet eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Er bewertet Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrats und gibt diesbezügliche Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ab. Zudem bewertet er Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrats in seiner Gesamtheit.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Risikoausschuss
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Svenja-Marie Gnida
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Nominierungsausschuss
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Rainer Schwarz

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Uwe Schröder
- Gaby Timpe

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2014 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

siehe Seite 028 ff.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht

ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am True-and-Fair-View-Prinzip, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem Finanzkalender, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

siehe Seite 007

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors' Dealings")

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie für sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben besteht diese Pflicht auch für Personen, die mit Personen mit Führungsaufgaben in einer engen Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2014 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain" eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2014 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 24. Juni 2014 und wird ihnen auch künftig entsprechen.

2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2013 hat die Oldenburgische Landesbank AG sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 13. Mai 2013 entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2014
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:	Für den Aufsichtsrat:
gez. Dr. Achim Kassow	gez. Andree Moschner"
gez. Jörg Höhling	

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2014 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz Gruppe integriert mit eigenen Initiativen für das UN-Global-Compact-Programms und der Anerkennung der OECD-Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter Investor Relations veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im Corporate-Governance-Bericht beschrieben.

siehe Seiten 008 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats ist im Vergütungsbericht dargestellt.

siehe Seiten 018 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im Corporate-Governance-Bericht abgebildet. Der Vorstand hat auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

siehe Seiten 011 ff.

Vergütungsbericht 2014

Der Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2014 erfolgt.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie neuer Empfehlungen im Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem seit dem Jahr 2014 umgestellt. Wie im letztjährigen Bericht bereits vorausblickend beschrieben, darf die variable Vergütung des Vorstands jeweils 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten. Im Rahmen einer unter Einschluss der Aufwendungen für die Altersversorgung und bei einer unterstellten Zielerreichung von 100 % unveränderten Gesamtvergütung wurde daher die fixe Vergütung angehoben und die variable Vergütung reduziert. Die maximal mögliche Zielerfüllung für die erfolgsabhängige Vergütung wurde von 165 % auf 150 % beschränkt. Zudem erhalten alle Vorstandsmitglieder einheitlich zwei variable Vergütungsbestandteile, den Jahresbonus und die aktienbezogene Vergütung in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten Restricted Stock Units (RSU). Der Mittelfristbonus, der bis 2013 noch dem Vorstandsvorsitzenden gewährt wurde, entfällt. Um die Nachhaltigkeit der Vorstandsvergütung weiter zu verbessern, werden 50 % der RSU zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien unterworfen. Der Aufsichtsrat kann dadurch bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen. Der Aufsichtsrat hat zudem ein angestrebtes Versorgungsniveau für die einzelnen Vorstandsmitglieder und Höchstgrenzen für die Vorstandsvergütung insgesamt sowie hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsbestandteile festgelegt.

Für die Vorstandsvergütung waren folgende Vergütungsgrundsätze maßgeblich:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

a) Fixe Bezüge. Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.

b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen, die Bereitstellung von Dienstwagen sowie Aufwandsersatz für Kosten der doppelten Haushaltsführung.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus zwei Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurzfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 150 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen. Sie darf jedoch 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden vor Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.

b) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (Allianz Equity Incentive = AEI) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar oder in Aktien der Allianz SE ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

50 % der RSU unterliegen zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien. Der Aufsichtsrat kann bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen.

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (Group Equity Incentive = GEI) wurden neben RSU auch sogenannte Stock Appreciation Rights (SAR) ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle Optionen, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie während der Laufzeit die Entwicklung des Dow Jones EURO STOXX Price Index (600) mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben.

Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des aktuellen Allianz Equity-Incentive-Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersversorgung in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2014

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 in individualisierter Form ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Nachfolgend wird die Vorstandsvergütung in der Berichtsform gemäß nationalem und internationalem Handelsrecht dargestellt und weitergeführt:

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile			Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Drei-Jahres-Bonus (mittelfristig)[1]	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	**2014**	**625,0**	**33,9**	**249,2**	**—**	**249,2**	**1.157,3**
	2013	440,0	42,8	175,3	175,3[1]	175,3	1.008,7
Dr. Thomas Bretzger	**2014**	**360,0**	**43,6**	**135,5**	**—**	**135,5**	**674,6**
	2013	220,0	27,1	156,2	—	156,2	559,5
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	**2014**	**360,0**	**11,7**	**141,4**	**—**	**141,4**	**654,5**
	2013	220,0	15,4	110,7	—	110,7	456,8
Karin Katerbau	**2014**	**360,0**	**15,2**	**136,0**	**—**	**136,0**	**647,2**
	2013	220,0	19,2	204,6	—	204,6	648,4
Hilger Koenig (seit 01.01.2014)	**2014**	**360,0**	**11,5**	**134,5**	**—**	**134,5**	**640,5**
	2013	—	—	—	—	—	—
Patrick Tessmann (seit 01.11.2014)	**2014**	**77,5**	**1,2**	**25,9**	**—**	**25,9**	**130,5**
	2013	—	—	—	—	—	—
Gesamtvergütung	**2014**	**2.142,5**	**117,1**	**822,5**	**—**	**822,5**	**3.904,6**
	2013	1.100,0	104,5	646,8	175,3	646,8	2.673,4

1 Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Ergänzend werden nachfolgend die Vergütungstabellen gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex dargestellt.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex – Darstellung gewährter Zuwendungen:

Gewährte Zuwendungen	Dr. Achim Kassow Vorstandsvorsitzender (bis 31.12.2014)				Dr. Thomas Bretzger Vorstand				Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)			
Tsd. Euro	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)
Festvergütung	440,0	625,0	625,0	625,0	220,0	360,0	360,0	360,0	220,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	42,8	33,9	33,9	33,9	27,1	43,6	43,6	43,6	15,4	11,7	11,7	11,7
Summe	**482,8**	**658,9**	**658,9**	**658,9**	**247,1**	**403,6**	**403,6**	**403,6**	**235,4**	**371,7**	**371,7**	**371,7**
Einjährige variable Vergütung	220,0	208,0	—	312,0	210,0	119,0	—	178,5	210,0	119,0	—	178,5
Mehrjährige variable Vergütung	395,3	249,2	—	312,0	156,2	135,5	—	178,5	110,7	141,4	—	178,5
RSU 2014 (Laufzeit 4 Jahre)	175,3	—	—	—	156,2	—	—	—	110,7	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013 – 2015[1]	220,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	—	249,2	—	312,0	—	135,5	—	178,5	—	141,4	—	178,5
Summe	**615,3**	**457,2**	**—**	**624,0**	**366,2**	**254,5**	**—**	**357,0**	**320,7**	**260,4**	**—**	**357,0**
Versorgungs-aufwand	163,7	233,9	233,9	233,9	81,6	133,3	133,3	133,3	85,2	133,1	133,1	133,1
Gesamtvergütung	**1.261,8**	**1.350,0**	**892,8**	**1.516,8**	**694,9**	**791,4**	**536,9**	**893,9**	**641,3**	**765,2**	**504,8**	**861,8**

1 Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Gewährte Zuwendungen	Karin Katerbau Vorstand				Hilger Koenig Vorstand (seit 01.01.2014)				Patrick Tessmann Vorstand (seit 01.11.2014)			
Tsd. Euro	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)
Festvergütung	220,0	360,0	360,0	360,0	—	360,0	360,0	360,0	—	77,5	77,5	77,5
Nebenleistungen	19,2	15,2	15,2	15,2	—	11,5	11,5	11,5	—	1,2	1,2	1,2
Summe	**239,2**	**375,2**	**375,2**	**375,2**	**—**	**371,5**	**371,5**	**371,5**	**—**	**78,7**	**78,7**	**78,7**
Einjährige variable Vergütung	210,0	119,0	—	178,5	—	119,0	—	178,5	—	25,8	—	38,8
Mehrjährige variable Vergütung	204,6	136,0	—	178,5	—	134,5	—	178,5	—	25,9	—	38,8
RSU 2014 (Laufzeit 4 Jahre)	204,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013 – 2015[1]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	—	136,0	—	178,5	—	134,5	—	178,5	—	25,9	—	38,8
Summe	**414,6**	**255,0**	**—**	**357,0**	**—**	**253,5**	**—**	**357,0**	**—**	**51,7**	**—**	**77,6**
Versorgungs-aufwand	79,9	130,5	130,5	130,5	—	141,2	141,2	141,2	—	37,0	37,0	37,0
Gesamtvergütung	**733,7**	**760,7**	**505,7**	**862,7**	**—**	**766,2**	**512,7**	**869,7**	**—**	**167,4**	**115,7**	**193,3**

1 Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex – Darstellung nach Zuflussprinzip:

Zufluss	Dr. Achim Kassow Vorstands-vorsitzender (bis 31.12.2014)		Dr. Thomas Bretzger Vorstand		Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)	
Tsd. Euro	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung	625,0	440,0	360,0	220,0	360,0	220,0
Nebenleistungen	33,9	42,8	43,6	27,1	11,7	15,4
Summe	**658,9**	**482,8**	**403,6**	**247,1**	**371,7**	**235,4**
Einjährige variable Vergütung	249,2	175,3	135,5	156,2	141,4	110,7
Mehrjährige variable Vergütung	—	175,3	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013 – 2015[1]	—	175,3	—	—	—	—
Summe	**249,2**	**350,6**	**135,5**	**156,2**	**141,4**	**110,7**
Versorgungsaufwand	233,9	163,7	133,3	81,6	133,1	85,2
Gesamtvergütung	**1.142,0**	**997,1**	**672,4**	**484,9**	**646,2**	**431,3**

1 Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Zufluss	Karin Katerbau Vorstand		Hilger Koenig Vorstand (seit 01.01.2014)		Patrick Tessmann Vorstand (seit 01.11.2014)	
Tsd. Euro	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung	360,0	220,0	360,0	—	77,5	—
Nebenleistungen	15,2	19,2	11,5	—	1,2	—
Summe	**375,2**	**239,2**	**371,5**	**—**	**78,7**	**—**
Einjährige variable Vergütung	136,0	204,6	134,5	—	25,9	—
Mehrjährige variable Vergütung	—	—	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013 – 2015[1]	—	—	—	—	—	—
Summe	**136,0**	**204,6**	**134,5**	**—**	**25,9**	**—**
Versorgungsaufwand	130,5	79,9	141,2	—	37,0	—
Gesamtvergütung	**641,7**	**523,7**	**647,2**	**—**	**141,6**	**—**

1 Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 2.074 Stück SAR sowie 37.501 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 140,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 425 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 8,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 24,2 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,94 % p. a. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 90,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 60 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,4 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,00 Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,36 % und 1,67 % p. a. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Am 31. Dezember 2014 betrug der auf Basis IFRS ermittelte versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2014 aktiven Vorstandsmitglieder 3.004,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.220,3 Tsd. Euro). Davon entfielen auf Herrn Dr. Kassow 782,9 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 296,0 Tsd. Euro, Herrn Höhling 892,6 Tsd. Euro, Frau Katerbau 317,6 Tsd. Euro, Herrn Koenig 678,7 Tsd. Euro und Herrn Tessmann 37,0 Tsd. Euro.

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro). Der Erfüllungsbetrag für diesen Personenkreis gemäß HGB belief sich auf 15,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,8 Mio. Euro).

In der nachfolgenden Darstellung finden sich die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Pensionsrückstellungen bzw. -verpflichtungen nach HGB und IFRS der im Geschäftsjahr aktiven Mitglieder des Vorstands:

Tsd. Euro		HGB		IFRS	
		Versorgungs-aufwand	Pensions-rückstellung	Current Service Cost	Pensions-verpflichtung
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	**2014**	**224,0**	**637,1**	**233,9**	**782,9**
	2013	166,7	397,3	163,7	397,3
Dr. Thomas Bretzger	**2014**	**127,7**	**251,9**	**133,3**	**296,0**
	2013	77,2	119,4	81,6	119,4
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	**2014**	**130,5**	**676,1**	**133,1**	**892,6**
	2013	104,0	525,0	85,2	567,2
Karin Katerbau	**2014**	**124,5**	**266,3**	**130,5**	**317,6**
	2013	74,6	136,4	79,9	136,4
Hilger Koenig (seit 01.01.2014)	**2014**	**114,4**	**185,8**	**141,2**	**678,7**
	2013	—	—	—	—
Patrick Tessmann (seit 01.11.2014)	**2014**	**31,6**	**31,6**	**37,0**	**37,0**
	2013	—	—	—	—
Summe	**2014**	**752,7**	**2.048,8**	**809,0**	**3.004,8**
	2013	422,5	1.178,1	410,4	1.220,3

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:
- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien, Bausparverträgen)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich konnten die Auszubildenden bis einschließlich 31. Juli 2014 Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, gilt das im Abschnitt „Auszubildende“ Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts sowie im Rahmen von Zielvereinbarungen eine individuelle Zieltantieme mit einem Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 %. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Gesellschaften, ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	Gesamtvergütung 2014			
in Euro	fix[1]	variabel[2]	Mitarbeiter[3]	Summe
Oldenburgische Landesbank AG	99.898.487	8.570.243	2.660	108.468.730
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.562.603	260.100	34	1.822.703
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.309.674	125.577	24	1.435.251
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank-Konzern	**102.770.764**	**8.955.920**	**2.718**	**111.726.684**

1 Summe der Monatsgehälter zuzüglich 1 Gehalt im Tarif, 1,5 Gehälter für außertarifliche Mitarbeiter und Prokuristen sowie 60 % Zielbonus 2. Führungsebene
2 Einschließlich Provisionen
3 Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV)
Aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen wurde der Aufbau der Tabelle angepasst. Eine Eins-zu-eins-Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten ist nicht gegeben.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Jedes Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontroll-, des Risiko- sowie des Prüfungsausschusses erhält eine zusätzliche jährliche Vergütung in Höhe von 15.000 Euro, jedes Mitglied des Nominierungsausschusses eine solche in Höhe von 7.500 Euro. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Der Aufsichtsratsvorsitzende Andree Moschner hat ein Vorstandsmandat bei der Allianz Deutschland AG inne und verzichtete deshalb auf eine Vergütung für seine Aufsichtsratstätigkeit.

in Euro		Festvergütung	Ausschuss-vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt-vergütung
Andree Moschner[1], Vorsitzender	**2014**	**—**	**—**	**—**	**—**
	2013	—	—	—	—
Uwe Schröder, stellv. Vorsitzender	**2014**	**75.000**	**30.000**	**3.000**	**108.000**
	2013	64.583	28.750	3.000	96.333
Dr. Werner Brinker	**2014**	**50.000**	**7.500**	**2.500**	**60.000**
	2013	50.000	—	2.500	52.500
Prof. Dr. Andreas Georgi	**2014**	**50.000**	**75.000**	**2.500**	**127.500**
	2013	50.000	72.500	3.000	125.500
Svenja-Marie Gnida	**2014**	**50.000**	**15.000**	**3.000**	**68.000**
	2013	29.167	8.750	1.500	39.417
Stefan Lübbe	**2014**	**50.000**	**45.000**	**3.000**	**98.000**
	2013	50.000	36.250	2.500	88.750
Prof. Dr. Petra Pohlmann	**2014**	**50.000**	**—**	**2.000**	**52.000**
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Horst Reglin	**2014**	**50.000**	**—**	**2.000**	**52.000**
	2013	50.000	—	2.500	52.500
Rainer Schwarz	**2014**	**50.000**	**52.500**	**3.000**	**105.500**
	2013	50.000	42.500	3.000	95.500
Carl-Ulfert Stegmann	**2014**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Gabriele Timpe	**2014**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Christine de Vries	**2014**	**50.000**	**30.000**	**2.500**	**82.500**
	2013	29.167	16.042	1.500	46.709
Summe	**2014**	**575.000**	**255.000**	**28.500**	**858.500**
	2013	572.918	226.042	30.000	828.960

1 Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 858.500 Euro (Vorjahr: 828.960 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 162.070 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2014 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG.

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40.000 Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 300 Euro (jeweils zzgl. MwSt.).

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 315,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 309,1 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 26,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 128,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 3,74 % und 8,49 %.

Daneben bestand ein Avalkredit in Höhe von 5,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 5,7 Tsd. Euro), für den eine Avalprovision in Höhe von 3,25 % gezahlt wurde. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.771,7 Tsd. Euro (Vorjahr 3.927 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 3.715 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.863 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 125,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7 Tsd. Euro (Vorjahr: 2,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2014 trat der Aufsichtsrat zu sechs Sitzungen zusammen, darunter einmal im Wege der Telefonkonferenz. Die Sitzungen fanden im März, Mai, Juli, zweimal im September und im Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen war die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen ordentlichen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte. Neben den regelmäßigen Berichten zur Risikolage ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vorstands- und Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013 und legten die Ziele für die variable Vergütung 2015 fest. Des Weiteren haben wir uns davon überzeugt, dass das Vergütungssystem für den Vorstand den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Die Höhe der Vorstandsvergütung haben wir für angemessen befunden. Daneben wurde beschlossen, Anpassungen beim Pensionssystem für den Vorstand vorzunehmen, um die Altersversorgung kalkulierbar zu halten und den gegenwärtigen Rahmenbedingungen wie etwa dem niedrigen Zinsniveau und der zunehmenden Lebenserwartung gerecht zu werden. Schließlich hat der Aufsichtsrat den Vorstand einer Bewertung unter Zugrundelegung von Kriterien, die das Kreditwesengesetz vorgibt, unterzogen.

Nähere Angaben zur Vorstandsvergütung finden sich im Vergütungsbericht.

siehe Seite 018 ff.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Nachfolgeregelung für Herrn Dr. Achim Kassow, der sein Mandat als Vorsitzender des Vorstands auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember 2014 abgab. Der Aufsichtsrat stimmte in einer außerordentlichen Sitzung der Mandatsbeendigung zu. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Aufsichtsrat Herrn Patrick Tessmann, der zum 1. November 2014 in den Vorstand berufen und zum Vorsitzenden des Vorstands ab 1. Januar 2015 ernannt wurde.

Ausführlich ließen wir uns die neue Vertriebsführungsstruktur darstellen, die auf eine Anpassung der Vertriebsregionen an bestehende Landkreisgrenzen, bedarfsgerechtere, potenzialorientiertere Betreuungsansätze für die jeweiligen Zielgruppen und eine Stärkung der lokalen Präsenz fokussiert. Ferner legte uns der Vorstand seine Pläne für ein Programm zur Modernisierung des Privatkundengeschäfts dar, das auf zwei Säulen basiert: einer optimierten Kundenberatung und einer erweiterten Automatisierung für die Bankgeschäfte des täglichen Bedarfs. Der Aufsichtsrat hat dieses Vorhaben begrüßt.

Auch im Geschäftsjahr 2014 haben wir uns regelmäßig mit dem Kredit- und Risikomanagement der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften befasst und uns hierüber vom Vorstand fortlaufend berichten lassen. Schließlich haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „Corporate Governance Bericht“ angegeben.

siehe Seite 014

Im Berichtsjahr 2014 hielt der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* insgesamt fünf Sitzungen ab, eine davon im Wege der Telefonkonferenz. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen. Der Ausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor, erörterte notwendige Anpassungen beim Pensionssystem für den Vorstand und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Vorstandsziele für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2013 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Schließlich setzte sich der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss mit der Umsetzung einer neuen Vorgabe im Kreditwesengesetz auseinander, die die Bewertung des Vorstands nach Maßgabe bestimmter Kriterien zum Gegenstand hat. Intensiv beriet der Ausschuss auch über den Wunsch von Herrn Dr. Kassow, sein Mandat als Vorstandsvorsitzender zum 31. Dezember 2014 zu beenden, und empfahl dem Aufsichtsratsplenum, Herrn Patrick Tessmann zu seinem Nachfolger zu bestellen. Außerdem prüfte der Ausschuss die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene und überwachte die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems für die OLB-Mitarbeiter. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und willigte in die Übernahme von Mandaten ein, die Vorstandsmitglieder in anderen Unternehmen und Institutionen wahrnehmen.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2014 fünfmal, davon einmal im Wege der Telefonkonferenz. Er prüfte die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und erörterte diese Abschlussunterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. In allen Präsenzsitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss über die Tätigkeit der Internen Revision berichten. Ferner befasste er sich mehrfach mit neuen regulatorischen Vorgaben und besprach mit dem Vorstand deren Umsetzung. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang beleuchtete er das Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung sowie die Systeme der Internen Revision und von Compliance. Er überprüfte die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems und evaluierte die Angemessenheit dieses Systems im Hinblick auf künftig zu erwartende regulatorische Anforderungen. Der Prüfungsausschuss ließ sich einen Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte von Compliance (einschließlich regulatorischer Compliance) geben und informierte sich eingehend über die Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen. Schließlich setzte er sich mit den Prüfungsberichten der KPMG zu depot- und kapitalmarktrechtlichen Anforderungen, Geldwäscheprävention, regulatorischer Compliance und zur Wirksamkeit der internen Revision auseinander. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt vier Präsenzsitzungen ab. Darüber hinaus trat er siebenmal im Wege der Telefonkonferenz zusammen, um über einzelne Kreditengagements sowie über den Verkauf des Tochterunternehmens Münsterländische Bank zu beraten. Der Risikoausschuss erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem die Risikotragfähigkeit sowie Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ferner wurden die Teilportfolios „Private Baufinanzierungen“, „Wind“ und „Biogas“ näher beleuchtet. Der Risikoausschuss informierte sich darüber, ob die Kürzung der EEG-Förderung für energieintensive Unternehmen Auswirkungen auf das Kreditportfolio der OLB hat. Auch befasste er sich wie bereits in vorangehenden Berichtsperioden regelmäßig mit Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach diesbezüglich mit dem Vorstand weitere Maßnahmen zur Risikomitigation. Der Ausschuss ließ sich in mehreren Sitzungen das Kredit- und das Risikomanagementsystem, deren Weiterentwicklung, die Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen detailliert darstellen. Aufgrund einer neuen Vorgabe durch das CRD-IV-Umsetzungsgesetz hat der Risikoausschuss im Jahr 2014 erstmals die durch die Vergütungsstruktur gesetzten Anreize einer Prüfung unterzogen und festgestellt, dass die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der OLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. Außerdem wurde – ebenfalls basierend auf dem CRD-IV-Umsetzungsgesetz – überprüft, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen. Der Risikoausschuss hat dies bejaht. Weiterer Gegenstand seiner Beratungen waren die Genehmigung des Investitionsplans für das Geschäftsjahr 2015, die Strategie in Bezug auf das Marktpreisrisiko bei anhaltender Niedrigzinsphase sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* trat im abgelaufenen Geschäftsjahr einmal zusammen. Er bereitete die Selbstevaluierung des Aufsichtsrats nach Maßgabe der vom Kreditwesengesetz vorgegebenen Kriterien vor und analysierte die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Selbstevaluierung des Aufsichtsrats

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Hierbei besprachen wir insbesondere die Umsetzung der im Vorjahr beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat aufgrund neuer Vorgaben durch das CRD-IV-Umsetzungsgesetz einer Selbstevaluierung in Bezug auf seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie auf Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung seiner Mitglieder unterzogen. Darüber hinaus stellten wir fest, dass dem Aufsichtsrat nach eigener Einschätzung eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Im Dezember 2014 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese besagt, dass die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen hat und auch künftig entsprechen wird. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB“ wiedergegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

siehe Seite 016–017

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2014 sowie den zusammengefassten Lagebericht der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2014 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 6. März 2015 und des Aufsichtsratsplenums am 12. März 2015 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des zusammengefassten Lageberichts für die OLB AG und den Konzern sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass
1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Vorstand und Aufsichtsrat

Herr Dr. Achim Kassow hat sein Mandat als Vorsitzender des Vorstands auf eigenen Wunsch mit Zustimmung des Aufsichtsrats mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 niedergelegt. Zum gleichen Zeitpunkt ist auch Herr Jörg Höhling aus dem Vorstand ausgeschieden, der darum gebeten hatte, von einer Verlängerung seines Mandates abzusehen. Beide Herren sind zur Allianz Deutschland gewechselt, um dort neue verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen. Wir haben Herrn Dr. Kassow und Herrn Höhling für ihre erfolgreiche Tätigkeit im Vorstand der OLB und ihr Engagement für die Region gedankt und ihnen viel Erfolg für ihre neuen beruflichen Herausforderungen gewünscht.

Mit Wirkung ab 1. November 2014 hat der Aufsichtsrat Herrn Patrick Tessmann in den Vorstand berufen. Nach einer Einarbeitungsphase hat er zum 1. Januar 2015 den Vorstandsvorsitz übernommen. Wir wünschen ihm für seine Aufgabe viel Erfolg.

Im Aufsichtsrat gab es keine Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 12. März 2015
Für den Aufsichtsrat

Andree Moschner
Vorsitzender

035

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Zur Verbesserung der Transparenz und Übersichtlichkeit wurden der Lagebericht der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) als Mutterunternehmen des OLB-Konzerns und der Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 3 in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB und DRS 20 Tz. 22 im Berichtsjahr 2014 erstmals zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns 036

Wirtschaftsbericht 041

Geschäftsentwicklung 043

Prognose-, Chancen- und Risikobericht 054

Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB) 057

Risikobericht 060

Grundlagen des Konzerns

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine börsennotierte Regionalbank, die das Bankgeschäft für Firmen- und Privatkunden betreibt. Kerngeschäft der OLB ist das kommerzielle Bankgeschäft im Nordwesten Deutschlands. Die Bank verfolgt ein nachhaltiges, kundenzentriertes Geschäftsmodell. Das Geschäftsgebiet mit mehr als 170 Niederlassungen erstreckt sich zwischen Weser, Ems und Nordsee. Seit 1869 ist die OLB hier zu Hause. Mit erfahrenen Betreuern für Firmenkunden, Privatkunden, Private Banking und Freiberuflerkunden, spezialisierten Beratern für die regional starke Landwirtschaft und Erneuerbare Energien sowie gelebter gesellschaftlicher Verantwortung ist die OLB für die Menschen und die Region da.

Im Konzern wurden mit dem Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, und der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, im Jahr 2014 letztmalig zwei Banktochtergesellschaften konsolidiert, bei denen die OLB die überwiegende Mehrheit der Stimmrechte und sämtliche Anteile am Kapital hält. Die OLB hat im abgelaufenen Geschäftsjahr gemeinsam mit den persönlich haftenden Gesellschaftern die unternehmerische Entscheidung getroffen, dass ab dem 1. Januar 2015 das Bankhaus W. Fortmann & Söhne seine rechtliche Selbstständigkeit als Kommanditgesellschaft beendet und als W. Fortmann & Söhne, Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG, firmiert. Der Kommanditanteil der OLB an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, wurde mit Vertragsabschluss im Dezember 2014 und mit Wirkung zum 1. Januar 2015 an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken, verkauft. Der Vollzug der Übertragung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Beide Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die organisatorische und regulatorische Komplexität innerhalb der OLB zu reduzieren. Neben den genannten Banktochtergesellschaften hielt die OLB diverse kleinere Beteiligungen, die u. a. der Vernetzung in der Finanzindustrie und in der regionalen Wirtschaft dienen.

Der Anspruch der OLB, ihre Privat- und Geschäftskunden, Private Banking- und Freiberuflerkunden sowie Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die Steuerung und Berichterstattung der Bank basiert daher auf drei strategischen Geschäftsfeldern: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe, Firmenkunden.

Das Privat- und Geschäftskundensegment umfasst das klassische Filial-Geschäft mit Privatpersonen und Geschäftskunden. Über das Einlagengeschäft hinaus sind die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherungs-/Vorsorgeprodukte und die strukturierte Vermögensanlage die wesentlichen Produktgruppen. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung der Kunden von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie auf der orderbegleitenden Wertpapierberatung und der Immobilienvermittlung und -finanzierung.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Provisionsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

Die OLB verfolgt finanzwirtschaftlich das Ziel, eine angemessene Rendite für ihre Aktionäre zu erwirtschaften. Angemessen ist eine Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital oberhalb der Kapitalkosten im Durchschnitt eines konjunkturellen Zyklus. Der Rahmen zur Sicherstellung dieses strukturellen Gewinnerzielungspotenzials wird durch die jederzeitige Beherrschbarkeit der eingegangenen Risiken gesteckt. Das Steuerungssystem der OLB leitet sich aus diesen geschäfts- und risikopolitischen Grundsätzen ab.

Grundlage für die Steuerung der Bank bilden die in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten geschäftspolitischen Ziele sowie die zu deren Erreichung geplanten Mittel und Maßnahmen einschließlich der Allokation des zur Risikodeckung bereitgestellten Kapitals. Beide strategischen Dokumente werden vom Vorstand der OLB beschlossen, mit dem Aufsichtsrat erörtert und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen.

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses werden auf Basis der strategischen Vorgaben Ergebniszielgrößen für die Geschäftseinheiten festgelegt. Dabei werden die den Einheiten zugeordneten Ressourcen wie Kapital und Risikolimite unter Einbeziehung der damit verbundenen Ergebnisansprüche entsprechend berücksichtigt.

Die Beurteilung des Erfolgs in der Umsetzung der strategischen Zielsetzungen wird anhand von Schlüsselkennzahlen („Key Performance Indicators – KPIs“) auf Basis eines Plan-Ist-Vergleiches vorgenommen. Das Reporting der wesentlichen Steuerungsgrößen erfolgt monatlich und enthält eine ausführliche Kommentierung, die dem Vorstand die wesentlichen aktuellen Entwicklungen und Handlungsfelder aufzeigt. Durch die frühzeitige Identifizierung von Soll-Ist-Abweichungen in der Gesamtbank sowie innerhalb der strategischen Geschäftsfelder wird gewährleistet, dass die Geschäftsführung bei erkannten Ziel-Abweichungen möglichst direkt Maßnahmen zur Korrektur der Geschäftsaktivitäten beschließen kann.

Die Auswahl der KPIs für die Gesamtbank orientiert sich am übergeordneten finanzwirtschaftlichen Ziel einer angemessenen Rendite bei jederzeitiger Beherrschung der eingegangenen Risiken. Die wesentlichen finanziellen Leistungskennzahlen bilden daher die Eigenkapitalrendite[1], die Kernkapitalquote[2], die Deckungsquote des Risikokapitalbedarfs[3] sowie die Liquidity Coverage Ratio[4] als Kennzahl für die Zahlungsfähigkeit der Bank. Zur Bewertung der Kosteneffizienz auf Gesamtbankebene wird die Cost-Income-Ratio[5] herangezogen.

Die Steuerung der kundengruppenorientierten Vertriebsorganisation basiert auf den drei strategischen Geschäftsfeldern. Sie erfolgt insbesondere über das operative Ergebnis und seine wesentlichen Komponenten: Laufende Erträge und Laufende Aufwendungen. Neben diesen GuV-Kennzahlen wird auch auf dieser Ebene die Kosteneffizienz beurteilt, was über den Ausweis der Cost-Income-Ratio der Geschäftsfelder in der Segmentberichterstattung sichergestellt wird.

Die genannten Schlüsselgrößen sind eingebettet in ein System weiterer finanzieller und nichtfinanzieller Kennziffern zur Steuerung spezifischer Aspekte, die aber für die Steuerung des Gesamtunternehmens von untergeordneter Bedeutung sind.

1 Ergebnis vor Steuern / durchschnittliches IFRS-Eigenkapital ohne Berücksichtigung der Neubewertungsrücklage

2 Verhältnis von Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva

3 Verhältnis von Risikodeckungsmasse zu Risikokapitalbedarf

4 Verhältnis des Bestands als hoch liquide eingestufter Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss der nächsten 30 Tage

5 Verhältnis der laufenden Aufwendungen zur Summe der laufenden Erträge

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der OLB in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien eingeteilt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31. Dezember 2014). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 2, 4 Kreditwesengesetz, KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurück zu erwerben nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive (GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change of Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Die Oldenburgische Landesbank führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden potenziellen Verluste hat die Allianz Deutschland mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Die Verlustübernahmeverpflichtung, welche die bisher schon für die Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhaltsgleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2019 und kann von der Allianz Deutschland jeweils mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Entwicklung blieb 2014 bei einer vorläufigen Wachstumsschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 3,3 % unter den allgemeinen Erwartungen. Gründe dafür waren das langsamere Wachstum großer Volkswirtschaften wie China, Russland oder Japan, geringere Aktivitäten erdölexportierender Länder und weltweit zunehmende Risiken aufgrund militärischer Konflikte. Insbesondere die europäische Wirtschaft entwickelte sich nur verhalten. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukt für den Euroraum belief sich nach vorläufigen Angaben des IWF auf 0,8 % für das Jahr 2014.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft waren damit im Jahr 2014 weniger günstig als noch zum Jahresende 2013 angenommen. Die Stimmungsindikatoren trübten sich im Jahresverlauf auf breiter Front ein und die deutsche Konjunktur durchlief nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn im Sommer eine Schwächephase. Insbesondere Auftragseingänge, Umsätze und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe entwickelten sich im Schnitt der zweiten Jahreshälfte schwächer als erwartet. Als weiterhin konjunkturstützend hingegen erwies sich der private Konsum. Dahinter stehen eine bundesweit relativ geringe Arbeitslosenquote von jahresdurchschnittlich 6,7 % und eine stetige Zunahme der Beschäftigtenzahlen, wenngleich sich die positive Dynamik aus den Vorjahren merklich abschwächte. In Summe ist die deutsche Wirtschaft 2014 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 1,5 % moderat gewachsen.

Das Zinsniveau ist in Deutschland weiterhin sehr niedrig. Die Europäische Zentralbank beschloss 2014 eine Reihe von expansiven geldpolitischen Maßnahmen. In zwei Schritten senkte sie im Juni und September den Hauptrefinanzierungssatz auf 0,05 %. Die Zinsen für Staatsanleihen sind, nachdem sie zu Beginn des Jahres leicht anzogen, kräftig gesunken. Gleichzeitig engten sich die Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen höchster Bonität und Staatsanleihen der Krisenländer ein. Auch Zinsen für Unternehmensanleihen aller Bonitäten sind auf neue Tiefststände gefallen. Für März 2015 schließlich kündigte die EZB ein historisches Programm zum Ankauf von Anleihen in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro an, das bis mindestens September 2016 laufen wird. Damit verstärkt sie ihren Kurs der lockeren Geldpolitik.

Für das Jahr 2015 geht die Bank für die Eurozone insgesamt von einer weiterhin verhaltenen Konjunkturentwicklung aus, wobei die Aussichten der einzelnen Euroländer sehr divergieren. Insbesondere die Perspektiven der deutschen Volkswirtschaft haben sich verbessert. Aufgrund des im Außenwert deutlich niedriger bewerteten Euros hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure erhöht, weshalb konjunkturelle Impulse durch den Außenhandel zu erwarten sind. Vom stark gesunkenen Ölpreis dürfte insbesondere die Konsumkonjunktur profitieren, auch regen steigende Lohn- und Transfereinkommen die Verbrauchernachfrage an. Kostensteigerungen infolge von Tarifanpassungen und anziehende Importpreise könnten wieder zu höheren Verbraucherpreissteigerungen führen. Die Investitionstätigkeit dürfte angesichts einer etwas höheren Kapazitätsauslastung, des niedrigen Zinsniveaus und einer guten Ertragslage trotz weiterhin bestehender Unsicherheiten moderat anziehen. Insgesamt wird für 2015 ein Wirtschaftswachstum angenommen, das sich auf oder leicht über dem Wachstumsniveau des Vorjahres bewegt. Nicht vorhersehbare, exogene Schocks, bspw. ausgehend von weiteren Eskalationen geopolitischer Konflikte, könnten die Aussichten jedoch eintrüben.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung des Zinsniveaus deutet keiner der vier zentralen Einflussfaktoren – Inflationshöhe, Leitzins, Konjunkturentwicklung und Markterwartungen – auf eine kurz- bis mittelfristige Erholung hin. Die Inflationsrate im Euroraum liegt derzeit weit unterhalb der von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten Zielgröße von 2 %. Vor dem Hintergrund der schleppenden europäischen Konjunkturentwicklung und des umfangreichen Anleihekaufprogramms der EZB zeigen sich die geldpolitischen Rahmenbedingungen weiterhin locker, sodass das allgemeine Zinsniveau weiterhin auf einem niedrigen Niveau verharren dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die konjunkturelle Entwicklung der nordwestdeutschen Wirtschaft zeigte sich 2014 wie auch in den Vorjahren im Gleichklang mit der gesamtdeutschen Konjunktur. Ebenso wie im übrigen Bundesgebiet hatte die nordwestdeutsche Wirtschaft im Sommer zwischenzeitlich einen merklichen Dämpfer erhalten. Zum Jahresende zeigten sich Geschäftslage und -erwartungen der Unternehmen jedoch wieder deutlich verbessert.

Für das laufende Jahr geht die OLB von einem weiterhin grundsätzlichen Gleichlauf der regionalen und bundesdeutschen Konjunktur aus. Allerdings wird der von der Euroabwertung ausgelöste außenwirtschaftliche Impuls in der Region voraussichtlich schwächer ausfallen, da der Weser-Ems-Raum eine deutlich geringere Exportquote als die Bundesrepublik aufweist. Der niedrige Ölpreis wirkt sich über die Senkung der Betriebskosten über fast alle Branchen positiv aus. Insbesondere das Transport- und Logistikgewerbe und speziell die Schifffahrtsbranche könnte hiervon profitieren. Auch dürfte sich die Rückkehr stabiler Rahmenbedingungen in den Schlüsselbranchen Landwirtschaft und Energie für die Region positiv auswirken, nachdem die 2013 neu gewählte niedersächsische Landesregierung ihre agrarpolitischen Ziele formuliert hat bzw. nachdem das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert wurde.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Besonders relevante Auswirkungen ergeben sich aus dem beschleunigten Wandel des regulatorischen Umfelds, einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem sich spürbar wandelnden Nutzungsverhalten der Kunden mit erhöhten Anforderungen an die technisch-organisatorischen und personellen Ressourcen einer Bank.

Auf Seiten der Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Liquidität und Eigenkapital der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben sind die Regelungen, welche in der Capital Requirements Directive (CRD) IV bzw. Capital Requirements Regulation (CRR) der Europäischen Union umgesetzt wurden und seit 2014 bindend sind. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital und die Liquiditätsposition von Banken und müssen schrittweise bis 2019 umgesetzt werden.

Zudem verschärft sich das wettbewerbliche Umfeld u. a. durch eine sich verstärkende Rückbesinnung insbesondere der überregionalen Institute auf das vergleichsweise stabile Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie den Eintritt neuer Akteure in diese Kundensegmente. Gleichzeitig stellen die stetig wachsende Verbreitung elektronischer Medien sowie ein sich veränderndes Kundenverhalten mit zunehmender Nutzung von Online- und Mobile-Banking-Angeboten das Filialbankgeschäft vor Herausforderungen. Die Folgen sind erhöhte Wettbewerbsintensität und anhaltender Margendruck.

Zusammenfassend betrachtet bedeuten diese Marktveränderungen, dass zahlreichen Kostentreibern in der Finanzwirtschaft eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenübersteht, die sich im gegenwärtigen und weiter anhaltenden Niedrigzinsumfeld noch verstärkt.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	454,8	483,9	– 29,1	– 6,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	217,6	246,2	– 28,6	– 11,6
Zinsüberschuss	237,2	237,7	– 0,5	– 0,2
Provisionserträge	94,1	115,2	– 21,1	– 18,3
Provisionsaufwendungen	23,2	34,2	– 11,0	– 32,2
Provisionsüberschuss	70,9	81,0	– 10,1	– 12,5
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5	0,7	20,0
Übrige Erträge	0,4	17,6	– 17,2	– 97,7
Laufende Erträge	**312,7**	**339,8**	**– 27,1**	**– 8,0**
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	– 13,5	– 8,1
Sachaufwand	84,4	97,1	– 12,7	– 13,1
Übrige Aufwendungen	6,7	1,9	4,8	> 100
Laufende Aufwendungen	**244,6**	**266,0**	**– 21,4**	**– 8,0**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,0	81,5	– 42,5	– 52,1
Ergebnis aus Restrukturierung	3,0	– 90,3	93,3	k. A.
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	90,3	– 90,3	– 100,0
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	3,2	16,9	– 13,7	– 81,1
Nicht laufendes Handelsergebnis	– 0,6	– 0,1	– 0,5	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	16,8	– 14,2	– 84,5
Ergebnis vor Steuern	**34,7**	**9,1**	**25,6**	**> 100**
Steuern	9,8	0,4	9,4	> 100
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	**24,9**	**8,7**	**16,2**	**> 100**
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	**1,07**	**0,37**	**0,70**	**> 100**

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich auch 2014 fortgesetzt: Das Zinsniveau ist nochmals deutlich zurückgegangen, in der privaten Vermögensanlage setzten Kunden unverändert auf hochliquide Einlagen, die regulatorischen Anforderungen nahmen zu und binden zunehmend Ressourcen. In diesem herausfordernden Umfeld konnte die OLB im abgelaufenen Geschäftsjahr eine solide Geschäftsentwicklung erzielen. Das Ergebnis vor Steuern hat sich mit 34,7 Mio. Euro deutlich gegenüber dem Vorjahr (9,1 Mio. Euro) verbessert. Insbesondere haben zu dieser Entwicklung eine geringere Risikovorsorge und ein stabiler Zinsüberschuss bei gleichzeitig rückläufigen Aufwendungen im Jahr 2014 beigetragen. Um die zukunftsfähige Aufstellung der Bank zu stärken, hat die OLB im abgelaufenen Geschäftsjahr die Modernisierung des Privatkundengeschäfts vorangetrieben. Die Modernisierungsmaßnahmen tragen insbesondere dem sich verändernden Kundenverhalten Rechnung: Kunden wünschen sowohl den persönlichen Kontakt zum Berater als auch zunehmend die technischen Möglichkeiten, Bankgeschäfte schnell und bequem mobil und online abwickeln zu können.

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	454,8	483,9	–29,1	–6,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	217,6	246,2	–28,6	–11,6
Zinsüberschuss	**237,2**	**237,7**	**–0,5**	**–0,2**
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	10.516,3	10.527,7	–11,4	–0,1

Mit Blick auf die Zinsentwicklung kam es 2014 zu keiner Trendwende in der Politik der EZB. Das Zinsniveau ist gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken. Im Juni 2014 wurden erstmals negative Zinsen auf bei der EZB unterhaltene Guthaben eingeführt. Damit lag die tatsächliche Marktentwicklung deutlich unter der noch Ende 2013 prognostizierten stabilen Entwicklung des Zinsniveaus. Dennoch konnte die OLB unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen den Zinsüberschuss mit 237,2 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (237,7 Mio. Euro) stabilisieren. Im Kreditgeschäft wurden fällige Tilgungen durch Neugeschäft ausgeglichen. Das Kundeneinlagenvolumen legte auf hohem Niveau nochmals um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der aufgrund der Zinsentwicklung anhaltende Margendruck konnte im Rahmen von Zinsanpassungen in weiten Teilen an die Kunden weitergegeben werden. Das Kundengeschäft entwickelte sich somit im Wesentlichen erwartungsgemäß. Das stabil hohe Niveau der Kundeneinlagen ermöglichte eine weitgehend kapitalmarktunabhängige Refinanzierung des Kreditgeschäfts und trug damit zur Stabilisierung des Zinsüberschusses bei.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	13,6	35,4	– 21,8	– 61,6
Vermögensverwaltung	11,7	11,0	0,7	6,4
Zahlungsverkehr	25,1	26,4	– 1,3	– 4,9
Auslandsgeschäft	2,2	2,2	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	12,8	14,0	– 1,2	– 8,6
Kreditkartengeschäft	1,6	1,5	0,1	6,7
Sonstiges	3,9	– 9,5	13,4	k. A.
Provisionsüberschuss	**70,9**	**81,0**	**– 10,1**	**– 12,5**

Das Provisionsergebnis wird in seiner Entwicklung im Wesentlichen durch den Zahlungsverkehr und Leistungen der OLB für die private Vermögensanlage ihrer Kunden bestimmt. Das Geschäft mit den Kunden der Regionalbank im Nordwesten verlief ohne größere Schwankungen. Die Kunden legten in ihrer Vermögensdisposition unverändert hohen Wert auf Sicherheit und eine kurzfristige Verfügbarkeit ihrer Anlagen. Die Entwicklung des Provisionsergebnisses aus dem Wertpapiergeschäft lag unter den Erwartungen. Auf Konzernebene wirkte sich im Vorjahresvergleich die zum 30. Juni 2013 beendete Geschäftstätigkeit der Allianz Bank aus und führte erwartungsgemäß zu einem Rückgang des Provisionsüberschusses auf 70,9 Mio. Euro (Vorjahr: 81,0 Mio. Euro).

Laufendes Handelsergebnis

In dieser Position werden zum einen die Ergebnisse aus Kundengeschäften mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten ausgewiesen. Aus diesen Transaktionen resultierte auch im Jahr 2014 ein stabiler Ergebnisbeitrag von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Zum anderen sind im Laufenden Handelsergebnis auch die Bewertungen von Sicherungsgeschäften der Bank abzubilden. Die OLB setzte insbesondere Swapgeschäfte zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken ein. Aus der Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte ergab sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	– 13,5	– 8,1
Sachaufwand	84,4	97,1	– 12,7	– 13,1
Verwaltungsaufwand	**237,9**	**264,1**	**– 26,2**	**– 9,9**
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember	2.314	2.445	– 131	– 5,4
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	1.897	1.946	– 49	– 2,5
Cost-Income-Ratio in %	78,2	78,3	k. A.	k. A.

Im Vorjahresvergleich bestimmt die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen. Insgesamt ist – trotz des Wegfalls von Kostendegressionseffekten aus der gemeinsamen Nutzung zentraler Funktionen – ein deutlicher Rückgang der Personal- und Sachaufwendungen auf 237,9 Mio. Euro zu verzeichnen (Vorjahr: 264,1 Mio. Euro). In der Regionalbank war die Kostenentwicklung neben Tariferhöhungen im Personalbereich und laufenden Preissteigerungen in einzelnen Sachkostenpositionen durch Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der OLB geprägt. Steigende Anforderungen der Aufsichtsbehörden an die Regulierung des Bankgeschäfts machten den Aufbau einer umfangreichen Berichterstattung sowie einen Ausbau des Risikomanagements notwendig. Der zunehmende Wunsch der Kunden nach technischen Möglichkeiten, Bankgeschäfte schnell und bequem direkt abzuwickeln, erforderte Investitionen in Geschäftsprozesse und den Ausbau des Online- und Mobile Banking-Angebots.

Insgesamt konnte die Cost-Income-Ratio mit 78,2 % auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden, während in der Planung noch mit einer leichten Abschwächung gerechnet worden war.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Insgesamt trat im Jahr 2014 entsprechend vorheriger Prognose der Bank mit einem Nettoaufwand für Risikovorsorgen im Kreditgeschäft von 39,0 Mio. Euro eine deutlich geringere Ergebnisbelastung als im Vorjahr (81,5 Mio. Euro) ein. Insbesondere im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio kann die OLB auf eine günstige Risikoentwicklung zurückblicken. Die Branchenkrise in der Schifffahrt hielt auch 2014 noch an. Die im Vorjahr der Bewertung zugrunde liegende Annahme einer Markterholung trat noch nicht im erwarteten Umfang ein. Eine weitere Zuspitzung der Situation blieb aber aus, sodass die notwendigen Zuführungen zur Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert werden konnten.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Aus Umschichtungen im Rahmen der Steuerung der Liquiditätsreserve resultierte ein Ergebnis von 2,6 Mio. Euro. Das im Vergleich deutlich höhere Vorjahresergebnis war auf den Sondereffekt von realisierten Kursgewinnen aus der Anpassung der Finanzanlagen im Rahmen der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zurückzuführen.

Ergebnis aus Restrukturierung

Im Vorjahr entstanden Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 90,3 Mio. Euro für die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank, die von der Allianz Deutschland AG erstattet wurden. Ein Teil der gebildeten Rückstellungen wurde 2014 nicht benötigt und konnte aufgelöst werden. Die OLB nutzte den sich daraus ergebenden Spielraum, um erforderliche Maßnahmen für den Umbau und die Modernisierung des Privatkundengeschäftes zu initiieren. In diesem Zusammenhang fielen Rückstellungen in Höhe von 4,1 Mio. Euro an. In Summe wurde ein positives Ergebnis aus Restrukturierung in Höhe von 3,0 Mio. Euro erzielt.

Segmentergebnisse

Die Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert seit Jahresbeginn 2014 auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die aktuelle Segmentberichterstattung.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden. Über das Einlagengeschäft hinaus werden hier die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherungs- und Vorsorgeprodukte und die strukturierte Vermögensanlage angeboten. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie der Immobilienvermittlung und -finanzierung.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft insbesondere mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Land- und Ernährungswirtschaft. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Provisionsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

In der Spalte „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei strategischen Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung der Bank verantwortet. „Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst u. a. die Ergebnisbeiträge und die Aktiva und Passiva aus zwei Spezialfonds, dem Abbauportfolio Schiffe sowie im Bereich DBS den fortgeführten Kunden der ehemaligen Allianz Bank, zusammen. Darüber hinaus umfasst diese Position Aktiva, Passiva und Ergebnisbeiträge im Rahmen des zentralen Managements der Aktiv- und Passivpositionen durch das Treasury.

Die noch für 2013 gültige Segmentdarstellung von OLB Regionalbank und Allianz Bank wurde damit abgelöst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend der neuen Steuerungslogik angepasst.

Die OLB beurteilt den finanziellen Erfolg der berichtspflichtigen Segmente und der übrigen Einheiten auf Basis des operativen Ergebnisses. Das operative Ergebnis stellt den Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem laufenden Kerngeschäft dar, welche dem Segment oder der Einheit direkt zugerechnet werden können. Weitere Erläuterungen zum operativen Ergebnis auf Segmentebene finden sich im Anhang.

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
				Zentrale und Sonstiges		
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Zinsüberschuss	85,9	26,8	115,7	—	8,8	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,6	19,0	15,9	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	**118,5**	**45,8**	**131,6**	**—**	**16,8**	**312,7**
Laufender Personalaufwand	46,0	12,8	15,9	63,5	15,3	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	53,7	12,5	91,1
Laufende Aufwendungen	**64,8**	**16,1**	**18,7**	**117,2**	**27,8**	**244,6**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	– 0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung[1]	—	—	—	—	3,0	3,0
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—	—	—
Operatives Ergebnis	**51,3**	**29,8**	**98,4**	**– 117,2**	**– 30,2**	**32,1**
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	**51,3**	**29,8**	**98,4**	**– 117,2**	**– 27,6**	**34,7**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,4	—	4,1	14,1
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	54,7	35,2	14,2	k. A.	165,5	78,2
Risikokapital (Durchschnitt)[2]	45,9	19,5	251,9	—	210,9	496,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

1 Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

2 Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Mio. Euro	1.1.–31.12.2013					
				Zentrale und Sonstiges		
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Zinsüberschuss	84,0	25,6	113,8	—	14,3	237,7
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	34,4	19,0	15,5	—	33,2	102,1
Laufende Erträge	**118,4**	**44,6**	**129,3**	**—**	**47,5**	**339,8**
Laufender Personalaufwand	47,9	12,5	15,9	60,6	30,1	167,0
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,9	3,7	2,9	50,4	23,1	99,0
Laufende Aufwendungen	**66,8**	**16,2**	**18,8**	**111,0**	**53,2**	**266,0**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,2	1,4	24,6	—	51,3	81,5
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	–90,3	–90,3
Ausgleich Restrukturierungsaufwand[1]	—	—	—	—	90,3	90,3
Operatives Ergebnis	**47,4**	**27,0**	**85,9**	**–111,0**	**–57,0**	**–7,7**
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	16,8	16,8
Segmentergebnis	**47,4**	**27,0**	**85,9**	**–111,0**	**–40,2**	**9,1**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,7	0,7	5,4	—	4,4	14,2
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,2	1,0	1,8	—	8,6	13,6
Cost-Income-Ratio in %	56,4	36,3	14,5	k. A.	112,0	78,3
Risikokapital[2]	42,7	16,8	247,3	—	182,9	456,5
Risikoaktiva (Durchschnitt)	914,5	236,2	3.370,7	—	1.796,9	6.318,3

1 Im Rahmen des von der Allianz Deutschland gezahlten Verlustausgleiches für die Restrukturierungsaufwendungen der Allianz Bank

2 Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist. Der Wert bezieht sich auf Stand Dezember 2013 nach Einführung des ökonomischen Risikomodells für die Segmente und stellt somit keinen Jahresdurchschnitt dar.

Die Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder war im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen gleichgerichtet. Der Zinsüberschuss stieg in allen drei Segmenten leicht an. Das Kreditvolumen konnte auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden.

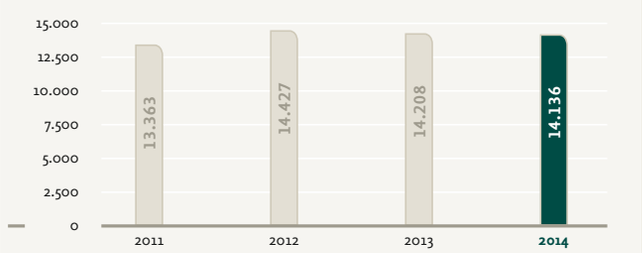
Gleichzeitig gelang es insbesondere im Firmenkundengeschäft, die Neugeschäftsmargen auszubauen. Im Einlagengeschäft konnten Zuwächse in den Kundeneinlagen den Margendruck ausgleichen. Das Provisionsgeschäft entwickelte sich leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr. Das Geschäft in den Bereichen Wertpapier, Versicherung und Bausparen verlief insbesondere im Segment Privat- und Geschäftskunden verhalten. Dieser Entwicklung standen erste Kosteneinsparungen im Zuge der Effizienz- und Modernisierungsmaßnahmen im Filialgeschäft gegenüber. Somit konnte das operative Ergebnis vor Risikokosten in allen drei Geschäftsfeldern gegenüber dem Vorjahr verbessert werden. Auch die Cost-Income-Ratio in allen drei Segmenten hat sich gegenüber Vorjahr leicht verbessert. In der Breite des Privat- und Firmenkundengeschäfts entwickelte sich die Risikovorsorge günstig. Besonders stark profitierte hiervon im Vorjahresvergleich das Firmenkundengeschäft. Insgesamt lag bei den laufenden Erträgen die Steigerung im Segment Private Banking & freie Berufe über den Prognosen aus dem Vorjahr. In den übrigen Geschäftssegmenten entwickelten sich die Erträge weniger dynamisch als erwartet. Bei den laufenden Aufwendungen konnten im Segment Privat- und Geschäftskunden über die Ziele für das Geschäftsjahr 2014 hinausgehende Einsparungen realisiert werden. Die Kosten der übrigen Segmente entwickelten sich planmäßig. Das operative Ergebnis der Segmente lag – auch begünstigt durch die Risikovorsorgeentwicklung – über der Prognose für 2014.

Die Veränderungen der Laufenden Aufwendungen und Erträge der nicht berichtspflichtigen Segmente sind im Wesentlichen auf die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zurückzuführen. Die hier ausgewiesene Risikovorsorge ist hauptsächlich dem Schiffsportfolio zuzuordnen.

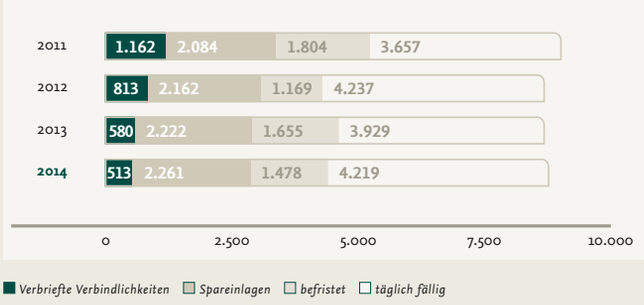
Ergebnis / Steuern

Für 2014 betrug das Ergebnis vor Steuern 34,7 Mio. Euro und lag damit entsprechend der letztjährigen Prognose deutlich über dem Vorjahresergebnis von 9,1 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 9,8 Mio. Euro ergab sich damit ein Nachsteuerergebnis von 24,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro).

Entwicklung der Bilanzsumme



Kundeneinlagen und OLB-Schuldverschreibungen



Vermögens- und Finanzlage

Kreditvolumen

Die OLB konnte das Kreditvolumen gegenüber Vorjahr auf hohem Niveau stabil halten. Dabei legt die Bank in ihrer Geschäftssteuerung unverändert hohen Fokus auf die Durchsetzung ihrer Margenerfordernisse und auf die Verbesserung der Risikostruktur des Portfolios. Der größte Zuwachs war im Privatkundengeschäft zu verzeichnen. Das anhaltend niedrige Zinsniveau nutzten weiterhin viele Kunden für private Baufinanzierungen und für die Finanzierung anderer Anschaffungen. Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil entwickelt.

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.448,7	10.460,2	– 11,5	– 0,1
Kundenkredite Ausland	67,6	67,5	0,1	0,1
Kreditvolumen (brutto)	**10.516,3**	**10.527,7**	**– 11,4**	**– 0,1**
abzüglich: Risikovorsorge	215,9	224,3	– 8,4	– 3,7
Kreditvolumen (netto)	**10.300,4**	**10.303,4**	**– 3,0**	**—**

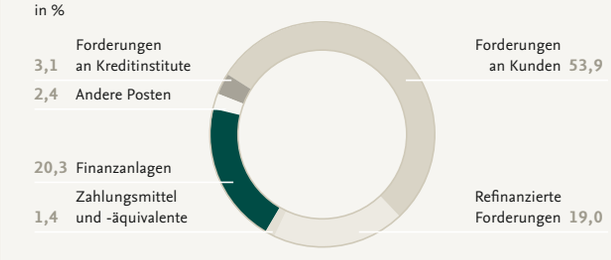
Liquidität

Die Liquiditätsausstattung der Bank ist angemessen; die OLB verfügt aufgrund hoher Kundeneinlagen über ausreichend Liquidität, um bei Berücksichtigung konservativer Sicherheitspuffer die Zahlungsfähigkeit der Bank auch im Fall einer plötzlichen krisenhaften Zuspitzung an den Finanzmärkten zu gewährleisten. Die Kundeneinlagen bilden die wesentliche Säule für die Refinanzierung des eigenen Kreditgeschäfts. Das Angebot langfristiger Tendergeschäfte der EZB nahm die OLB nicht in Anspruch. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer lag am Bilanzstichtag bei 1,74 (Vorjahr: 1,62) und damit weiterhin deutlich über der Mindestgrenze von 1,0. Die ebenfalls aufsichtsrechtlich relevante Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) wurde parallel ermittelt. Die Kennzahl stellt das Verhältnis hochliquider Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss in den nächsten 30 Tagen dar und wird seit Mitte 2014 für die OLB regelmäßig ermittelt. Die LCR der OLB lag am 31. Dezember 2014 bei 284 % und damit ebenfalls deutlich über der aufsichtsrechtlichen Grenze von 100 %.

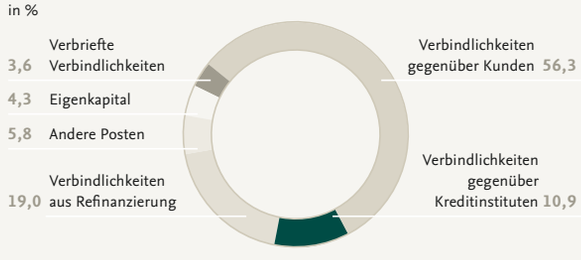
Finanzanlagen

Die Finanzanlagen der OLB dienen im Wesentlichen der Liquiditätsreserve. Das Portfolio besteht weitestgehend aus Pfandbriefen und staatlichen Schuldverschreibungen sehr guter Bonität. Der Bestand entwickelte sich im Jahresverlauf stabil und lag zum Jahresende mit 2,9 Mrd. Euro knapp über dem Vorjahr (2,7 Mrd. Euro).

Bilanzstruktur Aktiva



Bilanzstruktur Passiva



Fremde Gelder

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	**7.957,9**	**7.806,3**	**151,6**	**1,9**
täglich fällig	4.219,2	3.929,4	289,8	7,4
befristet	1.478,2	1.654,7	– 176,5	– 10,7
Spareinlagen	2.260,5	2.222,2	38,3	1,7
Bankengelder	**4.231,5**	**4.498,5**	**– 267,0**	**– 5,9**
täglich fällig	60,7	338,7	– 278,0	– 82,1
befristet	4.170,8	4.159,8	11,0	0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	**512,5**	**579,6**	**– 67,1**	**– 11,6**
Nachrangige Verbindlichkeiten	**220,9**	**253,6**	**– 32,7**	**– 12,9**
Fremde Gelder insgesamt	**12.922,8**	**13.138,0**	**– 215,2**	**– 1,6**

Eigenkapital

Das Eigenkapital des OLB-Konzerns lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 614,7 Mio. Euro. Es erhöhte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahreswert von 602,9 Mio. Euro. Dies ist überwiegend auf das gestiegene Ergebnis nach Steuern zurückzuführen. Im kumulierten Sonstigen Ergebnis werden die Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen und Pensionsrückstellungen erfasst. Aus der Senkung des Zinsfußes für die Abzinsung der Pensionsverbindlichkeiten ergab sich eine Belastung in Höhe von 39,0 Mio. Euro. Dem stand ein positives Bewertungsergebnis aus den unter Finanzanlagen ausgewiesenen festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 28,2 Mio. Euro gegenüber.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern der OLB lag damit im Jahr 2014 bei 5,7 % und konnte entsprechend der Prognose deutlich gegenüber Vorjahr um 4,2 Prozentpunkte gesteigert werden.

Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10a KWG i. V. m. Art. 25 bis 88 CRR)

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	**572,6**	**581,0**	**– 8,4**	**– 1,4**
Ergänzungskapital[1]	171,9	234,0	– 62,1	– 26,5
Eigenmittel	**744,5**	**815,0**	**– 70,5**	**– 8,7**
Risikoaktiva Adressrisiken	5.235,7	5.513,0	– 277,3	– 5,0
Risikoaktiva Marktrisiken	26,0	25,0	1,0	4,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	562,5	575,0	– 12,5	– 2,2
Risikoaktiva	**5.824,2**	**6.113,0**	**– 288,8**	**– 4,7**

1 Maximal 100 % des Kernkapitals

%	2014	2013
Kernkapitalquote	9,8	9,5
Gesamtkapitalquote	12,8	13,3

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des OLB-Konzerns setzen sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital wird auf Basis des handelsrechtlichen Eigenkapitals unter Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Hinzurechnungen und Abschlägen ermittelt. Das Kernkapital umfasst in erster Linie das gezeichnete Kapital, die Rücklagen sowie das kumulierte Sonstige Ergebnis, das im Wesentlichen die Bewertungsergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen und der Pensionsrückstellungen beinhaltet. Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel erfolgte 2014 erstmals auf Basis der europäischen Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR).

Auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses betrug das Kernkapital der OLB zum Jahresende 572,6 Mio. Euro (Vorjahr: 581,0 Mio. Euro). Das im Wesentlichen aus nachrangigen Verbindlichkeiten bestehende Ergänzungskapital belief sich auf 171,9 Mio. Euro (–26,5 % gegenüber Vorjahr). Der Rückgang ist überwiegend auf geänderte Vorschriften zur Anrechnung in Abhängigkeit von der Restlaufzeit der Nachrangverbindlichkeiten zurückzuführen. Die gesamten Eigenmittel betrugen somit 744,5 Mio. Euro (Vorjahr: 815,0 Mio. Euro).

Die Risikoaktiva konnten im Vergleich zum Vorjahr erneut gesenkt werden. Sie lagen mit 5,8 Mrd. Euro rund 5 % unter dem Vorjahreswert (6,1 Mrd. Euro). Der spürbare Rückgang betrifft den Bereich der Adressrisiken. Diese Entwicklung ist auf verschiedene Maßnahmen und Entwicklungen zurückzuführen: Neben der Anpassung relevanter Bewertungsparameter an aktualisierte Trendverläufe sowie einer Verbesserung der Sicherheitenunterlegung trugen Bewegungen in der Portfoliostruktur hin zu risikoärmeren Bonitätsklassen zum Rückgang der risikogewichteten Aktiva bei.

Insgesamt verbesserte sich die Kernkapitalquote auf 9,8 % (Vorjahr: 9,5 %). Sie liegt damit bereits deutlich über dem durch Basel III für 2019 formulierten Zielwert von 8,5 %. Die Gesamtkapitalquote lag per 31. Dezember 2014 bei 12,8 % (Vorjahr: 13,3 %). Eine gute Kapitalbasis ist für die OLB von zentraler Bedeutung, um auch künftig das Wachstum der Privat- und Firmenkunden in der Region eng begleiten zu können.

Die OLB wird daher auf der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorschlagen, mit 14,2 Mio. Euro einen wesentlichen Teil des Bilanzgewinns zur weiteren Stärkung der Gewinnrücklagen zu verwenden.

Zusammenfassende Gesamtaussage

Die OLB konnte 2014 unter herausfordernden Rahmenbedingungen eine solide Geschäftsentwicklung erzielen. Das Kundengeschäft hat sich stetig entwickelt. Die Ertragslage hat sich im Zuge einer erheblich geringeren Risikovorsorge deutlich verbessert. Die Kapitalbasis wurde gestärkt, Risiken wurden abgebaut und bevorsorgt. Die Liquiditätsausstattung ist stabil. Der Geschäftsverlauf im abgelaufenen Geschäftsjahr war insgesamt günstig und zeigte die prognostizierte deutliche Erholung des Ergebnisses gegenüber 2013. Auf dieser Basis gilt es, im Jahr 2015 die Bank weiter nachhaltig zu stärken.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Der Vergütungsbericht und die Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB sind Teile des zusammengefassten Lageberichts und sind dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichten wir auf einen Abdruck an dieser Stelle.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns ist in die folgende Darstellung der Prognose zum Geschäftsverlauf und der Lage des Konzerns integriert. Ergänzend finden sich im Konzernrisikobericht des Lageberichts weitere Angaben zum Risikomanagementsystem, einzelnen Risiken und zur Risikolage.

Die Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2015 wird im Wesentlichen von folgenden Einflussfaktoren und den daraus resultierenden Chancen und Risiken beeinflusst:

Die Wirtschaft im Nordwesten erwartet im neuen Jahr weiterhin einen Gleichlauf mit der gesamtdeutschen Konjunktur. Dabei wird mit einer Wachstumsrate auf bzw. leicht über Vorjahresniveau gerechnet. Arbeitslosenquote und Beschäftigungszahlen werden in etwa unverändert erwartet. Die im Vorjahr bestehende Unsicherheit hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene für die regionalen Schlüsselbranchen Landwirtschaft und Erneuerbare Energien ist weitgehend klaren Erwartungen gewichen. Die OLB geht davon aus, dass sich damit ein stabiles Umfeld für die Entwicklung des Kreditgeschäfts und der Risikovorsorge ergibt. Chancen bestehen insbesondere in der weiteren Begleitung der Entwicklung und Finanzierung von Projekten im Rahmen der Erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Windenergie.

Hinsichtlich der Entwicklung im Schifffahrtssektor hat die OLB ihrer Planung zugrunde gelegt, dass den strukturellen Ursachen der angespannten Situation der Schifffahrtsbranche auch im Jahr 2015 nur allmählich Lösungen zugeführt werden. Der Prozess des Abbaus des bestehenden Kapazitätsüberhangs in der Schifffahrtsbranche wird sich über mehrere Jahre erstrecken, sodass die Charterraten erst mittelfristig auf ein normalisiertes Niveau ansteigen dürften. Eine nachhaltige Verzögerung der Erholung der Charterraten und ein damit verbundenes Anhalten der Branchenkrise würde die Risikovorsorge der OLB erneut belasten. Hingegen würde eine zügige Konsolidierung in der Branche in Verbindung mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung und aufgrund eines niedrigen Ölpreises dauerhaft reduzierter Betriebskosten die Möglichkeit für eine Reduzierung des geplanten Risikovorsorgebedarfs mit sich bringen.

Trotz der erwarteten stetigen konjunkturellen Entwicklung in Deutschland weist auf europäischer Ebene keiner der zentralen Einflussfaktoren – Inflationshöhe, Leitzins, Konjunkturentwicklung und Markterwartungen – auf eine Erholung des Zinsniveaus im Geschäftsjahr 2015 hin. Dies wurde untermauert durch die Ankündigung eines Rückkaufprogramms für Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis September 2016 seitens der EZB. Die OLB hat für die Planung ein anhaltend niedriges Zinsniveau bei einem normalen Verlauf der Zinsstrukturkurve unterstellt. Dies wirkt unmittelbar auf die Bewertung der Finanzanlagen und der langfristigen Rückstellungen (z. B. Pensionsrückstellungen). Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2015 wird über die Verzinsung des Neugeschäfts sowie des variabel verzinsten Bestandsgeschäfts nur teilweise durch aktuelle Zinsentwicklungen bestimmt. Ein weiteres deutliches Absinken des Zinsniveaus insbesondere einhergehend mit einer Abflachung der Zinsstrukturkurve würde den Margendruck im Aktiv- und Passivgeschäft weiter verschärfen und die Ertragssituation insbesondere mittelfristig deutlich belasten. Korrespondierend besteht für die OLB die Chance, bei der aktuellen Bilanzstruktur deutlich von einem Zinsanstieg zu profitieren.

Aufgrund des stabilen Einlagengeschäftes kann die OLB ihr eigenes Kreditgeschäft weitgehend selbst finanzieren. Die Bank ist damit wenig anfällig für Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten, die die Beschaffung von Liquidität erschweren oder nur zu hohen Zinsaufschlägen erlauben würden. Die OLB unterhält eine Liquiditätsreserve unter Einhaltung von ausreichend bemessenen Liquiditätspuffern, sodass vorübergehende potenzielle Marktengpässe überbrückt werden können. Mit Blick auf das Jahr 2015 werden somit keine wesentlichen Risiken aus unvorhergesehenen Zuspitzungen an den Geld- und Kapitalmärkten gesehen. Chancen für eine verbesserte Gesamtertragslage sieht die OLB in möglichen, über dem Planwert liegenden Erträgen aus dem Beteiligungsportfolio der Bank.

Der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden haben umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Liquidität und Eigenkapital der Banken, Regelungen zum Verbraucherschutz sowie erweiterte Berichts- und Prüfungspflichten auf den Weg gebracht. Mit Blick auf das Geschäftsjahr 2015 stellen die Kosten für die Implementierung eine wesentliche Belastung dar. Mittelfristig ergibt sich aus diesem Trend das Risiko, dass bestehende Leistungsangebote der Bank u. a. wegen fehlender Skaleneffekte und erhöhter Eigenkapitalunterlegung stark in ihrem Ertragspotenzial eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite bestehen durch neue Dienstleistungsangebote und aus der verbesserten Kontrolle und Steuerung von Geschäftsrisiken Chancen für den künftigen Geschäftsverlauf durch die Vermeidung von Kreditausfällen und anderer operativer Risiken. Mit Blick auf die Rechtsprechung besteht das Risiko, dass im Namen des Verbraucherschutzes weitere einseitig den Bankensektor belastende Urteile ergehen.

Die OLB geht für das Geschäftsjahr 2015 von einer weiterhin hohen Wettbewerbsintensität im Kundengeschäft aus. Neben den Wettbewerbern vor Ort wird auch die Konkurrenz durch Direktbanken anhalten. Neue Angebote, die moderne Technologien zur Ermöglichung oder Bereitstellung finanzieller Dienstleistungen nutzen (z. B. Mobile-Payment, Crowdfunding), werden sich weiter entwickeln und zunehmend in Konkurrenz zum Produktangebot der Banken treten. Neben dem anhaltenden Druck auf Margen und Preise ergibt sich aus dieser Entwicklung mittel- bis langfristig das Risiko, dass Kunden ihr Nutzungsverhalten nachhaltig verändern und bestehende Bankdienstleistungen, z. B. im Zahlungsverkehr, nur noch eingeschränkt nutzen. Die zunehmende Digitalisierung der Geschäftsprozesse bietet auf der anderen Seite die Möglichkeit, Prozesse effizienter zu organisieren und kostengünstiger abzuwickeln.

In diesem herausfordernden Umfeld plant die Bank den eingeschlagenen Kurs der Modernisierung ihres Privatkundengeschäftes fortzusetzen, das Serviceangebot durch verstärkten Einsatz von Geldein- und -auszahlautomaten im Standortnetz auszubauen sowie parallel auch im Online- und Mobile-Banking die Leistungsvielfalt zu erweitern. In Verbindung mit dem Einsatz ihrer sehr gut ausgebildeten Mitarbeiter und einer leistungsfähigen Produktpalette erwartet die Bank, die solide Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr auch im Geschäftsjahr 2015 fortzusetzen. Zu den wesentlichen Einflussgrößen auf den erwarteten Geschäftsverlauf im Jahr 2015 im Einzelnen:

Auf Basis einer erwarteten soliden konjunkturellen Entwicklung im Nordwesten plant die OLB ein gegenüber 2014 moderat erhöhtes Wachstum des Kreditvolumens. Neben einer stabilen Kreditnachfrage sowohl im Baufinanzierungsbereich als auch bei gewerblichen Projekten sollen einfachere und schnellere Kreditprozesse diesen Zuwachs ermöglichen. Die der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorzuschlagende Stärkung der Rücklagen soll den geplanten Anstieg des Kreditvolumens unterlegen und die Kapitalquote der Bank stabil halten. Im Einlagengeschäft erwartet die OLB, dass die Zunahme im Aktivgeschäft durch ein weiteres Volumenwachstum der Kundeneinlagen weitgehend refinanziert werden kann. Auf Basis steigender Ergebnisbeiträge aus dem Kundengeschäft sowie einer weiteren Optimierung der Bilanzstruktur und des Refinanzierungsnutzens aus den Kundeneinlagen erwartet die Bank, den Zinsüberschuss im Jahr 2015 deutlich auszubauen.

Die Belebung des Wertpapiergeschäftes mit Kunden insbesondere in Form der Vermögensverwaltung wird 2015 einen Schwerpunkt der vertrieblichen Aktivitäten der OLB bilden. Die Bank setzt darauf, durch qualifizierte Beratung neue Kunden und Mittel zu akquirieren und bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren. Damit ist diese Geschäftssparte der wesentliche Treiber der erwarteten deutlichen Steigerung des Provisionsüberschusses im Jahr 2015.

Die Verwaltungsaufwendungen werden im Geschäftsjahr 2015 neben einer weiteren Tariferhöhung und allgemeinen Kostensteigerungen durch einen erwarteten deutlichen Anstieg der Bankenabgabe belastet. Die OLB steuert diesen Kostensteigerungen durch die im Rahmen der Modernisierung des Privatkundengeschäftes begonnene Optimierung von Prozessabläufen, den Einsatz moderner SB-Technik sowie konsequenter Automatisierung und Digitalisierung gegen. Darüber hinaus plant die Bank gegenüber dem besonders belasteten Geschäftsjahr 2014 mit einem geringeren Aufwand für die Implementierung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Insgesamt erwartet die OLB daher 2015 einen signifikanten Rückgang der Laufenden Aufwendungen und damit eine deutliche Verbesserung der Cost-Income-Ratio.

Auf Basis der beschriebenen Rahmenbedingungen insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Branchenentwicklung in der Schifffahrt entwickelt die OLB für die Prognose verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Belastungen aus der Risikovorsorge. Im Sinne einer soliden Herangehensweise mit dem Ziel einer belastbaren Planung hat sich die Bank für die prognostizierte Entwicklung im Jahr 2015 für einen bewusst konservativen Ansatz entschieden. Dieser sieht vor, dass sich einerseits die günstige Entwicklung der Risikovorsorge in der Breite des Portfolios 2015 nicht wiederholt, sondern auf das statistisch erwartete Niveau ansteigt. Mit Blick auf das Schifffahrtsportfolio wird andererseits ein zusätzlicher Belastungspuffer für eine verzögerte Erholung der Charterraten berücksichtigt. Auf Basis dieses konservativen Szenarios ergibt sich für 2015 ein deutlicher Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr.

Mit Blick auf die Segmententwicklung wird erwartet, dass die drei strategischen Geschäftsfelder denselben maßgeblichen Einflussfaktoren unterliegen und grundsätzlich eine gleichgerichtete Entwicklung aufweisen werden. Der geplante Anstieg des Wertpapierertrages wird im Wesentlichen im Segment Private Banking & Freie Berufe erwartet, während die Modernisierungsmaßnahmen überwiegend im Segment Privat- und Geschäftskunden zu Kosteneinsparungen führen werden.

Insgesamt erwartet die OLB für das Geschäftsjahr 2015 die Fortsetzung der soliden Ergebnisentwicklung aus 2014. Bei vollumfänglicher Umsetzung der ambitionierten Ertrags- und Kostenziele erwartet die Bank für 2015 trotz einer robust geplanten Risikovorsorge eine deutliche Steigerung des Ergebnisses vor Steuern und der Eigenkapitalrendite gegenüber Vorjahr, auch wenn das Niveau von 2012 voraussichtlich noch nicht wieder erreicht wird.

Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)

Ergänzend zur Berichterstattung über den OLB-Konzern wird im Folgenden die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG erläutert.

Der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Daraus resultierten Bewertungsunterschiede zu dem nach International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss. Diese betrafen vor allem Finanzinstrumente, Rückstellungen und latente Steuern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen %
Zinsüberschuss	236,0	236,6	– 0,6	– 0,3
Provisionsüberschuss	68,7	79,0	– 10,3	– 13,0
Zins- und Provisionsüberschuss	**304,7**	**315,6**	**– 10,9**	**– 3,5**
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	– 0,8	– 0,7	– 0,1	14,3
Personalaufwand	135,3	152,8	– 17,5	– 11,5
Andere Verwaltungsaufwendungen[1]	85,1	98,8	– 13,7	– 13,9
Verwaltungsaufwand	**220,4**	**251,6**	**– 31,2**	**– 12,4**
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	– 17,3	100,8	– 118,1	k. A.
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**66,2**	**164,1**	**– 97,9**	**– 59,7**
Risikovorsorge	33,5	60,3	– 26,8	– 44,4
Betriebsergebnis	**32,7**	**103,8**	**– 71,1**	**– 68,5**
Außerordentliches Ergebnis	0,2	– 95,7	95,9	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,6	0,6	—	—
Gewinn vor Steuern	**33,5**	**8,7**	**24,8**	**k. A.**
Steuern	13,5	4,0	9,5	k. A.
Jahresüberschuss	**20,0**	**4,7**	**15,3**	**k. A.**

1 Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat einen Anteil an der Konzernbilanz von mehr als 99 % und bestimmt damit maßgeblich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns. Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Oldenburgische Landesbank AG steht somit im Einklang mit der für den Konzern beschriebenen Entwicklung.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich auch in der Oldenburgische Landesbank AG aufgrund des erfolgreichen Kredit- und Einlagengeschäfts stabil. Während sich der Zinsüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr stetig entwickelte, wirkte sich die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank gegenüber dem Vorjahr durch einen deutlichen Rückgang im Provisionsüberschuss aus. Dies führte auch zu dem deutlichen Rückgang des Verwaltungsaufwands sowie des Saldos der Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen, da unter dieser Position im Vorjahr noch die Erstattung des saldierten Gesamtaufwands der Allianz Bank in Höhe von 107,5 Mio. Euro gezeigt wurde. Die Risikovorsorge ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück, was im Wesentlichen auf die günstige Entwicklung im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio der Bank zurückzuführen war.

Insgesamt ergab sich für das Berichtsjahr ein deutlich gesteigerter Gewinn vor Steuern von 33,5 Mio. Euro nach 8,7 Mio. Euro im Vorjahr. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 13,5 Mio. Euro betrug der Jahresüberschuss 20,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,7 Mio. Euro). Da es keine Gewinnvorträge aus dem Vorjahr gab, entspricht dies auch dem Bilanzgewinn.

Auf der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 wird den Aktionären vorgeschlagen, 5,8 Mio. Euro der Zahlung einer Bar-Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie und weitere 14,2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Bilanzentwicklung

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen %
Barreserve	188	301	– 113	– 37,5
Forderungen an Kreditinstitute	445	633	– 188	– 29,7
Forderungen an Kunden	10.193	10.158	35	0,3
Wertpapiere	2.872	2.764	108	3,9
Sachanlagevermögen	82	82	—	—
Treuhandvermögen	4	7	– 3	– 42,9
Sonstige Aktiva	261	228	33	14,5
Summe der Aktiva	**14.045**	**14.173**	**– 128**	**– 0,9**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.341	4.607	– 266	– 5,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.845	7.641	204	2,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	761	760	1	0,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	228	262	– 34	– 13,0
Genussrechtskapital	—	—	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	4	7	– 3	– 42,9
Eigenkapital	—			
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	599	597	2	0,3
Bilanzgewinn	20	5	15	k. A.
Sonstige Passiva	247	294	– 47	– 16,0
Summe der Passiva	**14.045**	**14.173**	**– 128**	**– 0,9**

Zur Erläuterung der Entwicklung der Bilanz und der Vermögens- und Finanzlage wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Situation des Konzerns verwiesen.

Risikobericht

Aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns unterliegt die Geschäftsentwicklung den gleichen Risiken und einheitlichen Risikomanagementprozessen. Für weitere Informationen wird daher auf den Risikobericht verwiesen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die zukünftige Geschäftsentwicklung der Oldenburgische Landesbank AG unterliegt aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns denselben maßgeblichen Einflussfaktoren. Die OLB erwartet eine gleichgerichtete Entwicklung der AG und des Konzerns. Die weiteren Informationen zur erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Gesellschaft sowie zu den Annahmen, die der Prognose zugrunde liegen, sind im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des OLB-Konzerns enthalten.

Sonstige Pflichtangaben

Zweigniederlassungen

Im Zuge der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank wurden die bestehenden Agenturfilialen der Allianz Bank geschlossen. Im Nordwesten ist die OLB Regionalbank mit 176 Niederlassungen flächendeckend vertreten.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG (OLB). Im Bericht über die Beziehungen der Bank zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand gemäß § 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die dem Institut jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat die Bank bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Seit dem 1. Januar 2015 ist die rechtliche Selbstständigkeit der Tochtergesellschaft Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG beendet. Die OLB führt die Geschäfte als Rechtsnachfolgerin unter der Firma W. Fortmann & Söhne, Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG weiter.

Der Kommanditanteil der OLB an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, wurde Ende Dezember 2014 an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken, verkauft. Der Verkauf steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Risikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die Risikostrategie wird vom Vorstand der OLB beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft, wobei die im Rahmenwerk der Allianz festgelegten Grundsätze ihren Niederschlag in den risikostrategischen Maßnahmen bzw. den daraus abgeleiteten Aktivitäten des Risikomanagements der OLB finden.

Die Risikostrategie leitet sich aus der Geschäftsstrategie ab und berücksichtigt die Ergebnisse der Risikoinventur, die Risikotragfähigkeit, die Ergebnisziele und die organisatorischen Rahmenbedingungen der Bank. Die Formulierung der Risikostrategie erfolgt im Rahmen eines strukturierten Strategieprozesses, der sicherstellt, dass

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Geschäftsplanung der OLB konsistent sind,
- nur Risiken eingegangen werden, die einem Steuerungsprozess unterworfen sind und die in ihrer Höhe die Unternehmensexistenz nicht gefährden,
- eine risikosensitive Limitierung der wesentlichen Risikoarten und der Risiken auf Geschäftsfeldebene die jederzeitige Risikotragfähigkeit der OLB sicherstellt,
- die jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet und mithilfe von Limiten überwacht wird und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Die OLB versteht sich als nachhaltig wirtschaftende, kundenorientierte Bank mit langfristiger Geschäftsausrichtung und einem auf Solidität und Stetigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell. Der Risikomanagementprozess der Bank unterstützt die Umsetzung dieser Strategie, indem die Nachhaltigkeit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens durch die Beherrschung der eingegangenen Risiken sichergestellt wird.

Aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht kommt der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter eine besondere Rolle zu, da die Ausgestaltung neben anderen personalpolitischen Zielen auch das risikoadäquate Handeln sicherstellt. Die Ausgestaltung wird daher regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen.

Um die Konsistenz der Risikostrategien im OLB-Konzern zu gewährleisten, haben die beiden Tochterinstitute ihre relevanten Strategien und Konzepte mit der OLB abgestimmt.

Definition der Risikoarten

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken für die OLB relevant und ob alle wesentlichen Risikoarten einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen sind. Das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko werden als wesentliche Risiken klassifiziert, da sie aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind. Über die Risikostrategie finden die Ergebnisse der Risikoinventur Eingang in den Risikotragfähigkeitsprozess.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist definiert als das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko, das Spread-Risiko sowie das Länderrisiko:

- *Ausfallrisiko*
  Das Ausfallrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, d. h. durch seine Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Migrationsrisiko

Das Migrationsrisiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes einer Forderung durch Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Kontrahenten bzw. Schuldners.

- *Spread-Risiko*

  Das Spread-Risiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes aufgrund von Veränderungen von Liquiditäts-Spreads und / oder Credit-Spreads am Markt.

- *Länderrisiko*

  Das Länderrisiko als Teil des Kreditrisikos wird definiert als Übernahme eines grenzüberschreitenden Risikos, insbesondere eines Transfer- und Konvertierungsrisikos, d. h. des Risikos, dass wegen Moratorien und / oder Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Rückführung von Zins- und / oder Tilgungszahlungen in lokaler und / oder Fremdwährung unmöglich ist.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von unerwarteten Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die OLB zum einen das Risiko, dass die OLB die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit gewährleisten kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen versteht die Bank darunter auch das Risiko von Preisaufschlägen bei der Mittelaufnahme zur Schließung bestehender Refinanzierungslücken, die durch die Ausweitung von Liquiditäts- und Kreditaufschlägen auf den Zins marktbedingt entstehen können (Liquiditätskostenrisiko).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist für die Bank das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Mitarbeitern, Systemen oder internen Verfahren bzw. infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch das Rechtsänderungsrisiko, das Modellrisiko, das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen, das Reputationsrisiko und das Projektrisiko.

- *Rechtsänderungsrisiko*

  Das Rechtsänderungsrisiko ist für die OLB das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften oder einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften. Dies beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht mehr durchsetzbar sind.

- *Modellrisiko*

  Das Modellrisiko entsteht aus der Anwendung nicht geeigneter oder der unsachgemäßen Anwendung von Modellen zur Bewertung von Risiken.

- *Risiko sonstiger strafbarer Handlungen*

  Unter dem Risiko sonstiger strafbarer Handlungen versteht die OLB das Kriminalitätsrisiko und das Korruptionsrisiko:

  - *Kriminalitätsrisiko*

    Das Kriminalitätsrisiko ist bei der OLB das Risiko von Verlusten aufgrund krimineller Handlungen durch Mitarbeiter und / oder Dritte.

  - *Korruptionsrisiko*

    Korruption im juristischen Sinn bezeichnet den Missbrauch einer Vertrauensstellung, um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht. Die OLB definiert folglich das Korruptionsrisiko als den wirtschaftlichen Verlust, den die Bank als Folge von Korruption erleiden kann.

- *Reputationsrisiko*
  Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilsinhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.
- *Projektrisiko*
  Die OLB versteht unter Projektrisiko den potenziellen Schaden, der durch Verzögerung, Kostenerhöhung, Qualitätseinbußen oder Scheitern von Projekten entstehen kann.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht als strenge Nebenbedingung.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr nach einem Liquidationsszenario berechnetes Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial aus bilanziellen Größen des IFRS-Konzernabschlusses abgeleitet. Um die Risikotragfähigkeit zu gewährleisten, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der einzelnen Risikobeiträge der für diese Betrachtung relevanten Risikoarten ermittelt. Bei dieser Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten unberücksichtigt. Zur Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der Bank ein Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass aus der Verlusthistorie abgeleitet in nur 0,07 % der Fälle ein Verlust erwartet wird, der höher als das berechnete Risiko ist.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Überprüfung der periodenorientierten Risikotragfähigkeit betrachtet die OLB in einem Fortführungsansatz die Auswirkungen eines Verlust-Szenarios „Schwerer konjunktureller Abschwung“ auf die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Grundlage der Betrachtung sind die Gewinn- und Verlustrechnung für das laufende Jahr sowie die Planung für das folgende Geschäftsjahr. Ergänzt wird diese Betrachtung um risikorelevante Aspekte, die sich aus dem Szenario für die wesentlichen Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelles Risiko ergeben. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der Bank sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Im Rahmen seiner Gesamtverantwortung und nach § 25c KWG ist der Vorstand der OLB für die Festlegung der Strategien des Instituts sowie für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen, konsistenten und aktuellen Risikomanagementsystems verantwortlich. Er legt die Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling und den organisatorischen Aufbau fest und überwacht deren Umsetzung.

In der Risk Policy werden – als Ausgestaltung der Vorgaben aus der Risikostrategie – die wesentlichen Aspekte zur Organisation des Risikomanagements beschrieben. Hierbei ist das Risikokomitee unterhalb des Vorstands als das zentrale Gremium zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit der Bank installiert. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der Finanzvorstand sowie die Leiter der Abteilungen Risikocontrolling, Groß- und Spezialkredite, Treasury, Finanzen / Controlling und Qualitätsmanagement Kredit vertreten. Als Unterausschüsse des Risikokomitees sind der Risikomethoden- und

Prozessausschuss, der Ausschuss für operationelle Risiken und der Kreditportfolioausschuss eingerichtet, die jeweils vom Risikovorstand geleitet werden. Änderungen an Methoden und Risikoparametern werden im Ausschuss für operationelle Risiken (für die operationellen Risiken) sowie im Risikomethoden- und Prozessausschuss (für alle übrigen Risikoarten) fachlich beurteilt. Der Kreditportfolioausschuss beurteilt Vorschläge zu Portfoliomaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Gesamtvorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für die Steuerung der wesentlichen Risikoarten sind die folgenden Gremien und Organisationseinheiten verantwortlich:

Risikoart	Gremium / Organisationseinheit
Kreditrisiko	Risikokomitee (Kreditportfolioausschuss)
Markt- und Liquiditätsrisiko	Treasury
Operationelles Risiko	Risikokomitee (Ausschuss für Operationelle Risiken)

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen und Limite die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen ist Teil dieser Aufgabe; die Entscheidung über Einzelkreditrisiken obliegt gemäß geltender Kompetenzordnung hingegen unterschiedlichen Organisationsstufen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance, die organisatorisch unabhängige Bestandteile des Risikomanagements der OLB sind. Es besteht sowohl eine strikte Trennung zwischen diesen beiden Abteilungen als auch zwischen den Einheiten, die für die Initiierung bzw. den Abschluss sowie die Beurteilung und Genehmigung von Geschäften zuständig sind. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen zur Verfügung. Die Abteilung Compliance ist verantwortlich dafür, den Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Hierbei hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Gesamtvorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter) und den Aufsichtsrat sowie den durch den Aufsichtsrat eingesetzten Risikoausschuss. Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision sowie an die Abteilung Compliance weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilung Finanzen / Controlling.

Die Tochterinstitute der OLB haben an ihre Größenordnung angepasste organisatorische Verfahrensweisen implementiert.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Kreditrisiko

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Das Management sämtlicher Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf einem integrierten Konzept von Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anforderungssystemen, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet.

Abhängig von dem zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. Engagements, die zu dem in der OLB als nicht risikorelevant definierten Geschäft zählen, unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des als risikorelevant eingestuften Portfolios werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – in der Gemeinschaftskompetenz des Marktes mit der Marktfolge votiert und entschieden.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im nicht risikorelevanten Geschäft in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden aus den Bereichen „Private Banking & Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden – bei angemessener Bonität – durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes (sofern es sich nicht um Baufinanzierungs- oder Verbraucherkreditgeschäft handelt) unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Ratingerstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch externe Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen sämtliche Engagements einer permanenten Kreditüberwachung. Bei Gesamtengagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) und einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro wird jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse vorgenommen. Engagements von Firmenkunden und Freiberuflern unterliegen bis zu einem Gesamtvolumen von 250 Tsd. Euro und bei einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro einem individuellen, über Risikofrüherkennungsmerkmale angesteuerten

Ratingprozess. Für Spezialfinanzierungen und Banken gelten besondere Ratingregeln. Alle übrigen Engagements werden einem maschinellen, monatlich durchgeführten Bestands-Rating unterzogen.

Zusätzlich werden alle Engagements durch verschiedene maschinelle und manuelle Risikofrüherkennungsverfahren überwacht, die im Bedarfsfall eine Ratingpflicht auslösen und vordefinierte Analyse- und Berichtsprozesse in Gang setzen.

Turnus und Umfang der wiederkehrenden Bewertung von Sicherheiten sind abhängig von der Art der Sicherheit und dem ihr beigemessenen Wert. So ist vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die Bank ein zentrales Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen eine individuelle Überprüfung der regional betroffenen Immobilienwerte veranlasst.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Genehmigung der Kreditvergabe und an die Kreditüberwachung sind an das jeweilige Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren entsprechende Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limitierungen auf Kreditnehmerebene oder von Finanzierungsarten führen dazu, dass bei Bedarf z. B. entsprechende Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind in der Risikostrategie über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Handelsgeschäft

Risikomessung

Die OLB ist ein Nichthandelsbuchinstitut.

Zur Limitierung der Kreditrisiken aus Handelsgeschäften wird die Marktbewertungsmethode unter Hinzuziehung aufsichtsrechtlicher Add-ons verwendet. Die aufsichtsrechtliche Risikoanrechnung erfolgt über den fortgeschrittenen IRB-Ansatz nach CRR.

Daneben hat die Bank die Kreditrisiken aus Handelsgeschäften in das interne Kreditportfoliomodell integriert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk-Ansatzes ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Kreditrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Risikomanagement

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz und der Stabilität der Ertragslage. Hierbei eingesetzte Instrumente sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von eigenen Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die hauptsächlich in Anleihen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die Bank mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner vorwiegend aus dem Kreis der nationalen und internationalen systemrelevanten Kreditinstitute (auf Basis der Kriterien der entsprechenden Aufsichtsinstitutionen), der nationalen und internationalen Förderinstitute mit staatlichem Hintergrund, der nationalen und internationalen Realkreditinstitute sowie der nationalen Kreditinstitute, die einer institutserhaltenden Sicherungseinrichtung angehören. Weitere Kontrahenten sind die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer, Staaten und internationale Staatengemeinschaften sowie staatseigene und supranationale Unternehmen und Körperschaften. Darüber hinaus wirken ein dezidiertes Limitsystem sowie ein gut diversifiziertes Portfolio Ausfallrisiken entgegen.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Kreditgeschäft behandelt.

Marktrisiken

Risikomessung

Die OLB unterliegt Marktrisiken im Kunden- und Handelsgeschäft. Wesentliche Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis von Aktien und
- die Währungskursverhältnisse
- sowie die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Die Bank hat den auf die Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ausgerichteten Eigenhandel eingestellt und das Handelsbuch geschlossen. Die verbliebenen Restpositionen wurden in das Anlagebuch überführt und umfassen lediglich noch die von Kunden initiierten Devisengeschäfte zuzüglich der dazugehörigen Absicherungsgeschäfte. Eine offene Devisenposition ist nur noch im Rahmen von technischen Bagatellgrößen möglich. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling, wobei die Entwicklung von Risiken und Ergebnisse der Liquiditätsreserve täglich und der Value-at-Risk des Bankbuches monatlich berichtet werden.

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktrisiken erfolgt auf Gesamtbankebene insbesondere mittels Value-at-Risk-Modellen.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt. Sondertilgungsrechte im Kreditgeschäft gehen ebenfalls als Modell-Cashflow in die Risikomessung ein.

Das Währungsrisiko wird auf Basis der Standardmethode gemäß CRR berechnet. Die OLB geht Währungsrisiken nur in Zusammenhang mit Kundengeschäften ein. Diese werden soweit möglich täglich geschlossen. Für nicht geschlossene Positionen wird ein Limit von 0,5 Mio. Euro überwacht.

Für die Risiken aus dem Bestand an Sorten und Edelmetallen besteht ein Limit von 2 Mio. Euro.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktrisiken ist die Gruppe Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird im Banksteuerungskomitee beraten und entschieden. Die Überwachung und Limitierung der Kreditrisiken erfolgt im Kreditkomitee, die der Marktrisiken im Risikokomitee.

Zur Limitierung der Risiken dient der Value-at-Risk für das Marktrisiko (99,93 % / 1 Jahr), welcher unter Berücksichtigung der Diversifikation weiter auf die beiden Positionen Aktien und Zinsbuch allokiert wird.

Zur Bewertung der Marktrisiken werden ergänzend zur statistischen Risikomessung mithilfe von Value-at-Risk-Modellen regelmäßig sowohl regulatorische als auch ökonomische Stresstests durchgeführt.

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen erfolgt mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken (im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos). Neben den deterministischen Zu- und Abflüssen werden auch Annahmen zur Weiterentwicklung des variablen Geschäfts getroffen. Die Auswertungen zum zukünftigen Liquiditätscashflow finden dabei sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien statt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Szenarien entspricht dabei grundsätzlich derjenigen aus der mittel- und langfristigen Sicht.

Die Messung und Steuerung der mittel- und langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf Auswertungen, die monatlich den zukünftigen Liquiditätscashflow mit einer Vorausschau auf die nächsten zehn Jahre analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Annahme von zunehmenden Kreditausfällen, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der Bank. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bank Runs.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend werden Risikokonzentrationsanalysen in der Liquiditätsrisikobetrachtung berücksichtigt. Dabei fließen zusätzlich die Unwägbarkeiten aus Mittelabflüssen der Top-10-Einlagekunden ein.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist integrativer Teil der Risikomessung. Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) der CRR. Die LCR fordert die Haltung eines Liquiditätspuffers, der die innerhalb von 30 Tagen unter marktweiten und idiosynkratrischen Stressbedingungen anfallenden Nettozahlungsabflüsse mindestens abdeckt. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden ab dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt. Vervollständigt wird diese Betrachtung durch einen Liquiditätspuffer für den Zeitraum einer Woche. Alle Maßnahmen dienen der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve.

Das Liquiditätskostenrisiko wird als unwesentlich eingestuft, da über die Limitierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos in der Szenarioanalyse keine wesentlichen Liquiditätskostenrisiken entstehen können. Sollten die Liquiditätscashflows eine Refinanzierungslücke ausweisen, werden die Auswirkungen in der Risikotragfähigkeit analysiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Zusätzlich wird die Liquidity Coverage Ratio als Indikator für das Liquiditätsrisiko betrachtet. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet. Ein vorzuhaltender Liquiditätspuffer, der sich aus den wöchentlichen Liquiditätsabflüssen aus Kundengeschäften ableitet, ergänzt diese Betrachtungen. Die Limitierung der Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“.

Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“, „Top-10-Einlagekunden“ sowie das Szenario „Kombiniert“. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von Repo-Geschäften zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Operationelles Risiko

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden im OLB-Konzern einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden im OLB-Konzern jährliche Szenarioanalysen in Form eines Risk-Assessments durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf die Bank hätten bzw. im Einzelfall geringe Schadenspotenziale bergen, aber häufig auftreten können.

Die Szenarien werden in gemeinsamen Workshops der Abteilungen Risikocontrolling und Organisation mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko wird nach dem Standardverfahren ermittelt.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle sowie den Risikoindikatoren für operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Risikolage

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Zerschlagungsansatz)

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2014	2013
Kreditrisiko	366,7	361,0
Marktrisiko	92,5	58,9
Operationelles Risiko	27,8	27,6
Bankweites Risiko	**487,0**	**447,5**

Mit dem zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzial konnte das bankweite Risiko per 31. Dezember 2014 zu 150 % (Vorjahr zu 163 %) abgeschirmt werden. Die allokierten Limite wurden zum gleichen Stichtag zu 124 % (Vorjahr zu 126 %) durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt. Für das Geschäftsjahr 2015 wird eine stabile Entwicklung der Deckungsquote erwartet.

Der periodische Vergleich des bankweiten Risikos mit dem Risikodeckungspotenzial zeigte, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit im gesamten Berichtsjahr gegeben war.

Seit Januar 2014 wird eine methodisch überarbeitete Risikotragfähigkeitsermittlung verwendet. Vor diesem Hintergrund wurden die historischen Werte zum 31. Dezember 2013 noch einmal nach der neuen Methode berechnet, um die Vergleichbarkeit zum 31. Dezember 2014 herzustellen. Das Liquiditätsrisiko wird in der Oldenburgische Landesbank AG durch einen eigenen Risikomanagementprozess gesteuert und überwacht, der sicherstellt, dass auch in ungünstigen, aber denkbaren Marktsituationen genügend liquide Aktiva vorhanden sind, um die Zahlungsfähigkeit des Instituts jederzeit zu gewährleisten. Aus diesem Grund, und weil die Risikodeckungsmasse in der wertorientierten Risikotragfähigkeit nicht geeignet ist, die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, ist das Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsfähigkeit hier nicht enthalten. Durch die Erledigung des Handelsgeschäfts entfällt auch die differenzierte Darstellung des Marktrisikos nach Anlagebuch und Handelsgeschäft.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko wird auf Basis eines Credit-Value-at-Risk aus einem Kreditportfoliomodell nach CreditMetrics™ berechnet. Der leichte Anstieg der Risikobewertung liegt in der Portfolioentwicklung begründet, die sowohl über die aus dem Portfolio abgeleiteten Modellparameter wie Migrationen und Korrelationen, als auch über die aktuelle Entwicklung der Bonitätsstruktur, Besicherung, Konzentrationen und Volumina Berücksichtigung findet.

Marktrisiko des Anlagebuchs

Das Marktrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Das Limit für Marktrisiken und die Auslastung wurden im Jahresverlauf bewusst erhöht.

Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wird der Risikobetrag auf Basis eines Value-at-Risk aus einer OLB-individuellen Szenarioanalyse ermittelt. Die Szenarioanalyse wird jährlich oder bei Bedarf anlassbezogen aktualisiert. Für die Szenarioanalyse des Jahres 2014 ergab sich gegenüber 2013 eine nur geringfügig andere Risikoeinschätzung. Eine anlassbezogene Aktualisierung war im Jahr 2014 nicht notwendig.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der Risikopositionen des Kreditrisikos, des Marktrisikos und des operationellen Risikos. Dieser Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2014 beträgt unter dieser Annahme 487,0 Mio. Euro.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalausstattung war im Jahr 2014 im Verlust-Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung" jederzeit gegeben.

Kreditrisiko

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36 (a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kunden	10.300,4	10.303,7
Forderungen an Kreditinstitute	435,1	628,5
Finanzanlagen	2.865,4	2.722,4
Handelsgeschäft	14,9	13,7
Eventualverbindlichkeiten	303,3	306,4
Offene Kreditzusagen	600,1	520,4
Summe	**14.519,2**	**14.495,1**

Das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wird mit 77 % (Vorjahr: 77 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.761,4	290,2	577,6	3.314,5	13.943,7	13.857,2
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	211,9	10,3	20,8	0,4	243,4	273,0
Überfällig und einzelwertberichtigt	327,1	2,8	1,7	0,5	332,1	364,9
Summe	**10.300,4**	**303,3**	**600,1**	**3.315,4**	**14.519,2**	**14.495,1**

Als „überfällig“ werden Kunden eingestuft, die gemäß CRR eine wesentliche Überziehung aufweisen. Diese ist definiert als eine Kontoüberziehung oder ein Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro und mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Besteht eine wesentliche Überziehung länger als 90 Tage, gilt der Kunde als ausgefallen (notleidend). Er wird in das Verfahren zur Bildung von Einzelwertberichtigungen aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der OLB gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung auf der internen Ratingklasse, die über statistische Verfahren im Rahmen der Kreditbearbeitung regelmäßig ermittelt wird. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handelsgeschäft	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
1–2	518,3	203,3	2.337,3	—	5,4	20,2	3.084,5	2.996,1
3–4	1.190,4	229,7	435,0	3,5	44,3	86,1	1.989,0	1.798,5
5–6	2.255,9	—	—	0,8	107,7	187,0	2.551,4	2.537,4
7–8	3.513,2	0,9	—	1,0	77,2	180,4	3.772,7	3.878,9
9–10	1.592,8	—	—	1,3	44,5	81,2	1.719,8	1.814,8
11–12	521,6	—	—	0,3	10,1	21,0	553,0	596,7
13–14	142,6	0,5	—	—	1,0	1,4	145,5	121,7
n. a.	26,6	0,7	93,1	7,1	—	0,3	127,8	113,1
Summe	**9.761,4**	**435,1**	**2.865,4**	**14,0**	**290,2**	**577,6**	**13.943,7**	**13.857,2**

Bonitätsklasse[1]	Bewertung
1 – 2	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
3 – 4	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
5 – 6	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
7 – 8	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
9 – 10	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
11 – 12	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
13 – 14	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

1 Die Bonitätsklassen 15 und 16 umfassen Kreditnehmer, die sich nach CRR im Zahlungsverzug befinden oder als ausgefallen gelten.

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird für rund 94 % (Vorjahr: 94 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse 1 – 10), bei 4 % (Vorjahr: 4,3 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse 11 – 12). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 1 % (Vorjahr: 0,9 %) (Bonitätsklasse 13 – 14).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio des OLB-Konzerns entstammen zum einen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Zum anderen werden im Rahmen von Geldmarktgeschäften Wertpapiere als Sicherheit für Forderungen gegenüber Kreditinstituten hereingenommen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	10.300,4	435,1	303,3	600,1	**11.638,9**	11.759,0
Zugeordnete Sicherheiten	6.203,6	50,0	66,0	—	**6.319,6**	6.361,0

Die Forderungen des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 60 % (Vorjahr: 59 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 76 % (Vorjahr: 77 %), gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 10 % (Vorjahr: 11 %). Auf die sonstigen Sicherheiten – im Wesentlichen Sicherungsübereignungen – entfallen etwa 14 % (Vorjahr: 12 %). Die Forderungen an Kreditinstitute sind zu 11 % besichert.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Sicherheitsleistungen (gem. IFRS 7.13)

Finanzielle Vermögenswerte

2014						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungsbetrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanzausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstrumente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	157,1	– 133,3	23,8	—	—	23,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	31,9	—	31,9	– 31,9	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	50,0	—	—	—	– 50,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	**239,0**	**– 133,3**	**55,7**	**– 31,9**	**– 50,0**	**23,8**

2013						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungsbetrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanzausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstrumente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	111,4	– 87,2	24,2	—	—	24,2
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	3,7	—	3,7	– 3,7	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	245,0	—	—	—	– 245,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	**360,1**	**– 87,2**	**27,9**	**– 3,7**	**– 245,0**	**24,2**

Finanzielle Verbindlichkeiten

Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungsbetrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanzausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstrumente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten) zum Fair Value	
2014						
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	– 166,6	133,3	– 33,3	—	—	– 33,3
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	– 122,3	—	– 122,3	31,9	90,4	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	– 1.117,6	—	– 1.117,6	—	1.068,6	– 49,0
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	**– 1.406,5**	**133,3**	**– 1.273,2**	**31,9**	**1.159,0**	**– 82,3**

Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungsbetrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanzausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstrumente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten) zum Fair Value	
2013						
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	– 123,0	87,2	– 35,8	—	—	– 35,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	– 102,0	—	– 102,0	3,7	98,3	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	– 954,1	—	– 954,1	—	939,9	– 14,2
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	**– 1.179,1**	**87,2**	**– 1.091,9**	**3,7**	**1.038,2**	**– 50,0**

Rückstände

Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Dauer des Rückstands –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	209,7	10,3	20,8	0,4	241,2	265,7
31 – 60 Tage	1,1	—	—	—	1,1	6,6
61 – 90 Tage	1,1	—	—	—	1,1	0,7
Summe	**211,9**	**10,3**	**20,8**	**0,4**	**243,4**	**273,0**

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 99,1 % (Vorjahr: 97,3 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 0,9 % (Vorjahr: 2,7 %).

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im Bereich des Kreditrisikos werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung analysiert. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements (Größenkonzentration), Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt.

Im zurückliegenden Jahr wurde die Granularität im Kundenkreditportfolio weiter erhöht.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Daneben bildet das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen, einen Schwerpunkt.

Zur Begrenzung von Risiken aus Branchenkonzentrationen im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite für den Bereich der erneuerbaren Energien definiert.

Schiffsfinanzierungen

Die im Schifffahrtsbereich seit 2008 anhaltende Branchenkrise wirkte sich auch im abgelaufenen Jahr weiter auf die Bewertung aus. So wurden vor dem Hintergrund der 2014 beobachteten Entwicklung bei den Charterraten unter anderem die Erwartungen einer künftigen Charterratenerholung konservativer gestaltet, da eine Markterholung noch nicht im erwarteten Umfang eintrat. Zusätzlich wurden einzelne Schiffe vom Fortführungswert auf den Substanzwert zurückgenommen.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Risikokonzentrationen auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sieht die Bank dort jedoch aktuell keine relevanten Risikokonzentrationen für den OLB-Konzern.

Dort wo sich Konzentrationen aufgrund der Sicherheitenart bzw. des Sicherheitengegenstandes ergeben, wurden geeignete Maßnahmen zur Überwachung implementiert:

Sicherheit	Überwachung
Immobilien	Immobilienmarktmonitoring zur Überwachung regionaler Marktpreisschwankungen
Binnen- und Seeschiffe	Halbjährliches Marktwertgutachten

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen nahezu vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (1 – 6). 99,9 % der Forderungen liegen im Bereich 1 – 4, der Rest in Höhe von 1,4 Mio. Euro verteilt sich auf die Bonitätsklassen 7 – 14.

Das Volumen wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter reduziert. Die OLB setzt in diesem Segment die konservative Risikopolitik fort.

siehe Grafik unten links

Länderrisiko

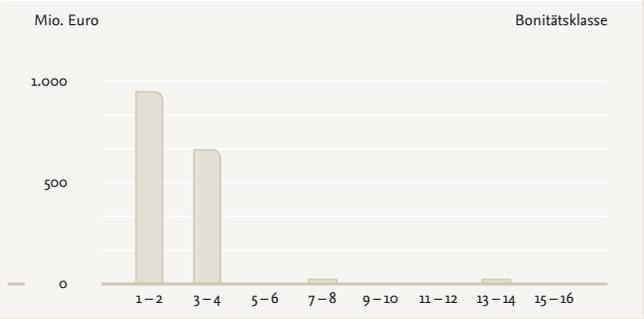
Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen im OLB-Konzern keine wesentliche Rolle.

Marktrisiko

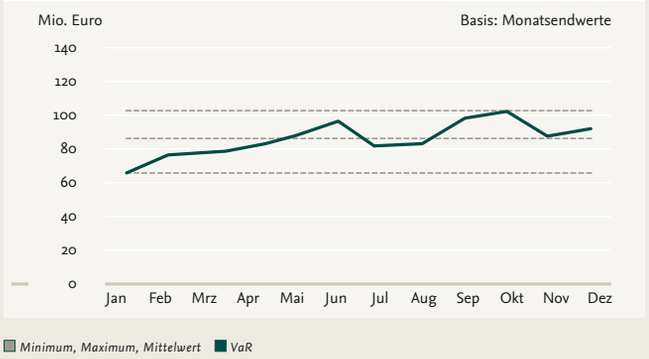
Handelsgeschäft

Der Handel wurde zum Jahresende 2012 eingestellt; neue Positionen wurden dem Anlagebuch zugeordnet.

Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2014



VaR-Anlagebuch 2014 (99,93 % / 1 Jahr)



Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2014:

Mio. Euro	VaR
Mittelwert	86,5
Minimum	66,1
Maximum	102,9

siehe Grafik Seite 077 rechts

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2014 oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 86,5 Mio. Euro über dem Wert für 2013 in Höhe von 81,8 Mio. Euro. Das Limit in Höhe von 100 Mio. Euro wurde nur im Oktober kurzfristig leicht überschritten.

Aufgrund des unverändert anziehenden Darlehensgeschäfts und durch Zukäufe in der Liquiditätsreserve stieg der Value-at-Risk im Laufe des Jahres kontinuierlich an. Zur Reduzierung des Risikos wurden im Juli und November entsprechende Payer Swaps abgeschlossen.

Die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten wurde im Verlauf des Jahres 2014 zu keinem Zeitpunkt überschritten.

Operationelles Risiko

Im Rahmen des jährlichen Risk-Assessments werden von den Abteilungen Organisation und Risikocontrolling Risikoszenarien entwickelt und fortgeschrieben. Nach Absprache werden die relevanten Szenarien in Workshops mit Experten aus den Fachabteilungen besprochen und von diesen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet.

Mittels einer Monte Carlo-Simulation wird der VaR zum 99,93 % Quantil bestimmt. Sofern bei Szenarien unterjährige Veränderungen auftreten, erfolgt eine Neubewertung der entsprechenden Szenarien. In der Szenarioanalyse 2014 ergab sich mit 27,8 Mio. Euro nur eine geringfügig andere Risikoeinschätzung als im Vorjahr (27,6 Mio. Euro).

Beispiele für relevante Szenarien:

Szenario	Zuständiger Fachbereich
Betrügerische Transaktionen	Organisation und Compliance
Beratungshaftung	Produktmanagement
Ausfall unternehmenskritischer IT	Informationstechnologie
Unzutreffendes Modell-Risiko bei der Bemessung des Marktpreisrisikos	Risikocontrolling
Pandemie	Organisation

Liquiditätsrisiko
Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer

	2014	2013
Mittelwert	1,52	1,55
Minimum	1,41	1,42
Maximum	1,74	1,71

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 52 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2014 betrug die Kennziffer 1,74.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr infolge der weiterhin hohen Einlagenbestände auf dem Vorjahresniveau.

Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) der CRR. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden ab dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt werden. Die LCR der OLB lag am 31. Dezember 2014 bei 284 % und damit ebenfalls deutlich über der aufsichtsrechtlichen Grenze von 100 %.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

Forderungen 2014

Mio. Euro	bis 3 Monate[1]	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2014 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	**1.609,4**	**725,0**	**2.597,3**	**5.801,0**	**10.732,7**

1 In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2014

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2014 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Steuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	**7.798,7**	**1.156,4**	**1.822,5**	**2.633,8**	**13.411,4**

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2014

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2014 Gesamt
Zinsswaps	—	—	54,4	79,4	133,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	—	—	2,4	—	2,4
Devisenoptionen	—	—	—	—	—
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2014	**—**	**—**	**56,8**	**79,4**	**136,2**

Forderungen 2013

Mio. Euro	bis 3 Monate[1]	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2013 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	175,0	—	—	—	175,0
Forderungen an Kunden	1.383,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.528,0
Forderungen zum 31. Dezember 2013	**1.558,1**	**660,1**	**2.654,3**	**5.830,5**	**10.703,0**

1 In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 854,0 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2013

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2013 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.017,5	356,3	1.243,8	1.542,2	4.159,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	124,5	387,3	579,6
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	97,4	52,9	106,6	194,0	450,9
Steuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,8	87,8	253,6
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	**8.069,9**	**924,0**	**1.791,7**	**2.812,5**	**13.598,1**

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2013

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2013 Gesamt
Zinsswaps	3,9	3,8	60,4	38,7	106,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	1,0	0,6	—	—	1,6
Devisenoptionen	—	0,1	—	—	0,1
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2013	**4,9**	**4,5**	**60,4**	**38,7**	**108,5**

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie Available-for-Sale (AfS) können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

Die OLB verfügt aufgrund ihrer breiten Kundenbasis über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

siehe Grafik unten links

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2014

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von 7 Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre für alle Szenarien einen deutlichen Liquiditätsüberschuss.

Interne Kontrollen der Finanzberichterstattung (Angaben nach § 289 Absatz 5 HGB sowie erläuternder Bericht)

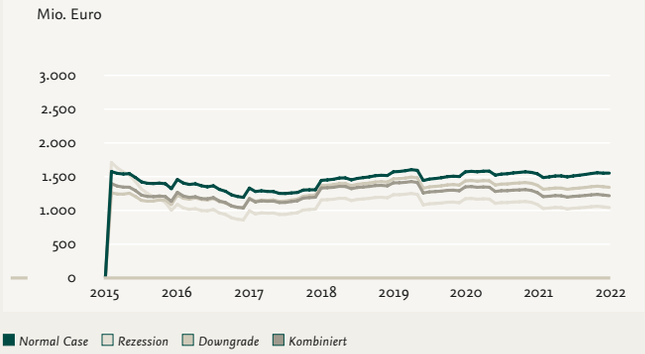
Rahmenwerk

Die Finanzberichterstattung der Bank unterliegt den Anforderungen des einheitlichen Rahmenwerks der Allianz Gruppe „Internal Controls over Financial Reporting“ (ICOFR).

In diesem Zusammenhang wurden Vorgehensweisen entwickelt, mit denen Risiken für wesentliche Fehler im Jahresabschluss identifiziert und verringert werden können. Das interne Kontrollsystem (ICOFR) beruht auf dem Regelwerk des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) und wird von der Bank regelmäßig überprüft sowie aktualisiert. Darüber hinaus umfasst dieser Ansatz folgende fünf zusammenhängende Komponenten:

Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung. Diese fünf Bestandteile werden von einem „Entity Level Control Assessment Process“ (ELCA), den „IT General Controls“ (ITGC) sowie Kontrollen auf Prozessebene abgedeckt. Im ELCA-Rahmenwerk sind dabei Kontrollen wie ein Compliance-Programm oder eine Committee-Governance-Struktur festgeschrieben, während im ITGC-Rahmenwerk beispielsweise Kontrollen für die Zugriffsrechteverwaltung oder Projekt- und Change-Management-Kontrollen definiert sind.

Liquiditätscashflows über sieben Jahre



Ansatz des internen Kontrollsystems

Umfang festlegen	Bestimmung der wesentlichen Prozesse, die das interne Kontrollsystem abdecken soll
Risiken identifizieren	Identifizierung von Risikoszenarien, die zu einer wesentlichen Falldarstellung führen können
Kontrollen implementieren	Implementierung geeigneter Schlüsselkontrollen, die Fehler oder Betrug, die aus den Risikoszenarien resultieren können, erkennen oder verhindern
Wirksamkeit überprüfen	Überprüfung der Ausgestaltung und der operativen Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen

Bilanzierungsprozesse

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Abteilung Finanzen / Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Meldewesen / Regulatorik sowie die beiden Abteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Meldewesen / Regulatorik den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Abteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Abteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.

siehe Grafik Seite 082 rechts

Der Ansatz lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Bank nutzt einen risikoorientierten Ansatz. Zu Beginn eines jeden ICOFR-Jahres wird eine Überprüfung der ICOFR-relevanten Prozesse auf Vollständigkeit durchgeführt. Hierfür werden die Fachbereiche auf mögliche ICOFR-relevante Risiken analysiert. Neben diesem jährlich wiederkehrenden Prozess werden unterjährig von der ICOFR-Koordination die Prüfungsergebnisse der internen Revision und anderer externer Prüfer auf ICOFR-relevante Themen und Feststellungen geprüft.

Daran anschließend werden Risiken identifiziert, die zu wesentlichen finanziellen Falschdarstellungen führen können. Dabei werden alle möglichen relevanten Ursachen (insbesondere menschliche Verarbeitungsfehler, Betrug, Systemschwächen, externe Faktoren usw.) berücksichtigt. Nach der Identifizierung und Analyse der Risiken werden die potenziellen Auswirkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeiten beurteilt.

Im Finanzberichterstattungsprozess werden präventive und aufdeckende Schlüsselkontrollen durchgeführt, um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen finanziell falscher Darstellungen zu reduzieren. Tritt ein potenzielles Risiko tatsächlich ein, werden Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkung dieser Falschdarstellungen zu reduzieren. Da die Finanzberichterstattung in hohem Maße von Systemen der Informationstechnologie abhängig ist, werden auch IT-Kontrollen durchgeführt.

Kontrollen müssen sowohl angemessen konzipiert sein als auch wirksam umgesetzt werden. Daher werden für Komponenten des internen Kontrollsystems – etwa Prozesse, zugehörige Schlüsselkontrollen und deren Durchführung – durchgängige Dokumentationen vorgeschrieben. Zudem wird das Kontrollsystem einer jährlichen Bewertung unterzogen, um dessen Wirksamkeit zu erhalten und kontinuierlich zu verbessern. Die interne Revision stellt sicher, dass die Qualität des internen Kontrollsystems der Bank regelmäßig überprüft wird, um dessen Angemessenheit und Wirksamkeit zu gewährleisten.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Patrick Tessmann
Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Karin Katerbau

Hilger Koenig

ABSCHLUSS

HGB-Bilanz 086

Gewinn- und Verlustrechnung 088

Bilanz der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2014

Aktiva Euro	**2014**	**2013**
1. Barreserve	**188.104.966,61**	**301.392.199,33**
a) Kassenbestand	103.540.964,60	86.707.790,55
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	84.564.002,01	214.684.408,78
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 84.564 Tsd. Euro (Vj.: 214.684 Tsd. Euro)		
c) Guthaben bei Postgiroämtern	—	—
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	—	—
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	—	—
b) Wechsel	—	—
3. Forderungen an Kreditinstitute	**444.892.304,48**	**632.701.887,67**
a) täglich fällig	213.988.268,69	445.304.817,03
b) andere Forderungen	230.904.035,79	187.397.070,64
4. Forderungen an Kunden	**10.193.377.347,43**	**10.158.228.848,23**
a) darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 5.226.529 Tsd. Euro (Vj.: 5.129.544 Tsd. Euro)		
darunter: Kommunalkredite 87.354 Tsd. Euro (Vj.: 108.636 Tsd. Euro)		
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2.615.047.010,38**	**2.531.109.195,42**
a) Geldmarktpapiere	—	—
aa) von öffentlichen Emittenten	—	—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
ab) von anderen Emittenten	—	—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	2.615.047.010,38	2.531.109.195,42
ba) von öffentlichen Emittenten	1.313.107.959,45	1.025.203.113,98
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.313.108 Tsd. Euro (Vj.: 1.025.203 Tsd. Euro)		
bb) von anderen Emittenten	1.301.939.050,93	1.505.906.081,44
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.301.939 Tsd. Euro (Vj.: 1.505.906 Tsd. Euro)		
c) eigene Schuldverschreibungen	—	—
Nennbetrag 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**188.521.197,99**	**183.659.079,03**
6a. Handelsbestand	**68.622.176,25**	**48.906.476,61**
7. Beteiligungen	**988.584,06**	**880.424,44**
darunter: an Kreditinstituten 123 Tsd. Euro (Vj.: 379 Tsd. Euro)		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	**15.325.345,22**	**14.844.249,72**
darunter: an Kreditinstituten 15.273 Tsd. Euro (Vj.: 14.792 Tsd. Euro)		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
9. Treuhandvermögen	**3.766.435,77**	**7.165.854,66**
darunter: Treuhandkredite 1.189 Tsd. Euro (Vj.: 1.375 Tsd. Euro)		
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	—	—
11. Immaterielle Anlagewerte	**10.022.045,22**	**10.874.973,05**
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte wie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.022.045,22	10.874.973,05
c) Geschäfts- oder Firmenwert	—	—
d) geleistete Anzahlungen	—	—
12. Sachanlagen	**81.905.362,58**	**82.425.987,75**
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	—	—
14. Sonstige Vermögensgegenstände	**224.984.212,44**	**189.058.539,54**
15. Rechnungsabgrenzungsposten	**9.678.116,59**	**12.062.649,97**
16. Aktive latente Steuern	—	—
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	—	—
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	—	—
Summe der Aktiva	**14.045.235.105,02**	**14.173.310.365,42**

Passiva Euro	**2014**	**2013**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**4.340.985.990,97**	**4.606.716.332,93**
a) täglich fällig	170.807.601,86	471.430.591,96
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.170.178.389,11	4.135.285.740,97
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**7.844.806.803,68**	**7.641.199.663,40**
a) Spareinlagen	2.240.125.231,10	2.185.865.851,00
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.049.041.265,91	1.989.935.855,18
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	191.083.965,19	195.929.995,82
b) andere Verbindlichkeiten	5.604.681.572,58	5.455.333.812,40
ba) täglich fällig	4.146.491.353,91	3.792.164.230,20
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.458.190.218,67	1.663.169.582,20
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	**760.658.898,89**	**759.969.776,06**
a) begebene Schuldverschreibungen	760.658.898,89	759.969.776,06
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	—	—
darunter: Geldmarktpapiere 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
3a. Handelsbestand	—	—
4. Treuhandverbindlichkeiten	**3.766.435,77**	**7.165.854,66**
darunter: Treuhandkredite 1.189 Tsd. Euro (Vj.: 1.375 Tsd. Euro)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	**13.682.670,91**	**26.075.959,22**
6. Rechnungsabgrenzungsposten	**45.203.964,16**	**47.780.162,42**
6a. Passive latente Steuern	—	—
7. Rückstellungen	**188.597.703,37**	**220.828.209,87**
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	123.949.763,93	119.956.002,68
b) Steuerrückstellungen	1.778.577,90	6.339.470,67
c) andere Rückstellungen	62.869.361,54	94.532.736,52
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	**228.160.474,54**	**261.840.888,77**
10. Genussrechtskapital	—	—
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	**12.925.784,03**	**12.925.784,03**
12. Eigenkapital	**606.446.378,70**	**588.807.734,06**
a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	60.468.571,80	60.468.571,80
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	—	—
b) Kapitalrücklage	208.306.686,77	208.306.686,77
c) Gewinnrücklagen	317.706.761,19	315.309.356,21
ca) gesetzliche Rücklage	171.066,50	171.066,50
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
cc) satzungsmäßige Rücklagen	—	—
cd) andere Gewinnrücklagen	317.535.694,69	315.138.289,71
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust	19.964.358,94	4.723.119,28
Summe der Passiva	**14.045.235.105,02**	**14.173.310.365,42**

1. Eventualverbindlichkeiten	**296.316.577,18**	**301.165.214,94**
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	—	—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	296.316.577,18	301.165.214,94
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—	—
2. Andere Verpflichtungen	**589.944.015,49**	**518.244.952,28**
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	—	—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	—	—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	589.944.015,49	518.244.952,28

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1.–31.12.2014

Aufwendungen Euro	**2014**	**2013**
1. Zinsaufwendungen	**230.528.164,14**	**262.893.936,89**
2. Provisionsaufwendungen	**24.650.827,22**	**35.659.266,20**
3. Nettoaufwand des Handelsbestandes	**792.031,62**	**741.512,04**
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	**206.237.387,94**	**237.573.211,61**
a) Personalaufwand	135.254.514,80	152.808.704,47
aa) Löhne und Gehälter	113.275.222,29	123.128.404,15
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	21.979.292,51	29.680.300,32
darunter: für Altersversorgung 2.376 Tsd. Euro (Vj.: 8.002 Tsd. Euro)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	70.982.873,14	84.764.507,14
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	**14.190.468,27**	**13.987.460,29**
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**24.266.839,56**	**15.172.254,57**
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	**33.469.656,74**	**60.258.725,37**
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	—	—
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	**309,00**	**420,93**
11. Außerordentliche Aufwendungen	**7.553.348,46**	**95.721.070,39**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**12.554.314,87**	**3.042.075,50**
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen	**945.001,58**	**934.930,51**
14. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	—	—
15. Jahresüberschuss	**19.964.358,94**	**4.723.119,28**
Summe der Aufwendungen	**575.152.708,34**	**730.707.983,58**

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1.–31.12.2014

Erträge Euro	**2014**	**2013**
1. Zinserträge aus	**463.735.045,29**	**495.789.091,08**
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	422.337.331,69	445.612.808,97
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	41.397.713,60	50.176.282,11
2. Laufende Erträge aus	**2.350.893,51**	**3.487.695,66**
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.214.894,99	3.022.047,92
b) Beteiligungen	135.998,52	129.647,74
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	—	336.000,00
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	**382.421,35**	**224.490,42**
4. Provisionserträge	**93.379.586,29**	**114.623.616,31**
5. Nettoertrag des Handelsbestandes	—	—
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	—	—
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	**538.338,12**	**598.000,01**
8. Sonstige betriebliche Erträge	**7.007.197,24**	**115.985.090,10**
10. Außerordentliche Erträge	**7.759.226,54**	—
11. Erträge aus Verlustübernahme	—	—
12. Jahresfehlbetrag	—	—
Summe der Erträge	**575.152.708,34**	**730.707.983,58**

1. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**19.964.358,94**	**4.723.119,28**
2. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	—	—
3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	—	—
4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	—	—
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—	—
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	—	—
d) aus anderen Gewinnrücklagen	—	—
5. Entnahmen aus Genussrechtskapital	—	—
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen	—	—
a) in die gesetzliche Rücklage	—	—
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—	—
c) in satzungsmäßige Rücklagen	—	—
d) in andere Gewinnrücklagen	—	—
7. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	—	—
8. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	**19.964.358,94**	**4.723.119,28**

ANHANG

Anhang für das Geschäftsjahr 2014 der Oldenburgische Landesbank AG

I. Allgemeine Angaben

Vorschriften zur Rechnungslegung

Die Bank hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Barreserven sind zu Nennwerten bilanziert, Sortenbestände unter Berücksichtigung der zum Jahresende gültigen Referenzkurse der Europäischen Zentralbank bewertet.

Forderungen sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt, gegebenenfalls unter Absetzung darauf entfallender Wertberichtigungen. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst. Unverzinsliche Forderungen sind zum Barwert angesetzt.

Der Gesamtbestand an Risikovorsorge setzt sich zusammen aus der aktivisch abgesetzten Risikovorsorge für Forderungen und der passivisch unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten. Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgte wie im Vorjahr in der Weise, wie sie auch nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) gebildet wird. Dabei wird unterschieden in das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risiko sowie die jeweils dazugehörenden Vorsorgearten PLLP (Portfolio Loan Loss Provision), SLLP (Specific Loan Loss Provision) und die Pauschalwertberichtigungen GLLP (General Loan Loss Provision). Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB. Für Kredite, für die eine SLLP besteht, werden keine Zinsabgrenzungen berücksichtigt.

Wertberichtigte Kredite werden spätestens nach Ablauf von definierten Fristen einzeln bewertet und mit einer Specific Loan Loss Provision (SLLP) bevorsorgt. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von den Erfahrungswerten. Bestand und Verfolgung unserer rechtlichen Ansprüche werden hiervon nicht berührt.

Die Risikovorsorge wird grundsätzlich von der betroffenen Bilanzposition abgesetzt. Soweit die Risikovorsorge außerbilanzielles Kreditgeschäft (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) betrifft, wird die gebildete Risikovorsorge hingegen unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht. Eine Ausbuchung der Forderungen erfolgt, wenn eine Forderung gekündigt und uneinbringlich ist und

- aus einem bestehenden Insolvenzverfahren kein Zufluss mehr erwartet werden kann und hierfür die Stellungnahme des Insolvenzverwalters vorliegt
- eine eidesstattliche Versicherung (Abgabe des Vermögensverzeichnisses) des Kreditnehmers vorliegt
- der Gerichtsvollzieher fruchtlos vollstreckt hat und nichts mehr einzutreiben ist
- der Schuldner in einem Schuldnerverzeichnis des betreffenden Bundeslandes aufgeführt ist
- das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wurde.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ erfasst.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde von dem Wahlrecht nach § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und in den Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ bzw. „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“ der Saldo aus Aufwendungen und Erträgen eingestellt.

Der überwiegende Teil der im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere wird im Liquiditätsbestand geführt. Dieser Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren Börsenkursen oder beizulegenden Werten unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes angesetzt.

Im Anlagebestand befanden sich zum Bilanzstichtag ausschließlich börsenfähige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 552,7 Mio. Euro. Diese Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind. Darüber hinaus gibt es keine Wertpapiere, die unter ihren Anschaffungskursen bewertet werden. Zum Stichtag lagen keine dauerhaften Wertminderungen vor.

Es sind Prozesse installiert, die sicherstellen, dass dauerhafte bonitätsinduzierte Wertminderungen von temporären zinsinduzierten Kursänderungen unterschieden werden können.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente erfolgt unter Anwendung der Bewertungsvorschriften des § 340e HGB. Der verwendete Risikoabschlag setzt sich zusammen aus dem im Risikobericht genannten Anrechnungsbetrag für die Marktpreisrisiken des Handelsbuches gemäß Solvabilitätsverordnung („Value-at-Risk-Abschlag“), der von einem Konfidenzniveau von 99 % bei 10 Tagen Haltedauer und einer Beobachtungsdauer von 250 Handelstagen (gleichgewichtet) ausgeht.

Die Überprüfung, ob aus den schwebenden Zinsansprüchen und Zinsverpflichtungen des gesamten Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss resultiert, dem durch die Bildung einer Rückstellung gemäß § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB Rechnung zu tragen ist, erfolgte in Übereinstimmung mit IDW RS BFA 3 vom 30. August 2012 unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise. Der Barwert des Bankbuchs wurde dabei nach Abzug anteiliger Risiko- und Verwaltungskosten mit den Buchwerten verglichen. Auf Basis dieser Berechnung ist die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich.

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes nichtderivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands wird grundsätzlich der jeweilige Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages herangezogen. Bei den nichtderivativen Finanzinstrumenten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Schuldverschreibungen. Die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen werden mit Kursen bewertet, die aus einem internen Modell stammen. Die Bewertung erfolgt mittels des DCF-Verfahrens, unter Berücksichtigung der am Markt beobachtbaren risikolosen Zinssätze sowie dem am Markt beobachtbaren Credit Spread der OLB.

Eigene Schuldverschreibungen, die zum Einzug vorgesehen sind, werden in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen und zum Nominalwert angesetzt.

Die Derivate des Bankbuchs werden in die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs nach IDW RS BFA 3 einbezogen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und der immateriellen Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 Euro Anschaffungskosten werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 Euro betragen, aber 1.000 Euro nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre linear abgeschrieben. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Wertaufholungen werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten vorgenommen, soweit die Gründe für eine Abschreibung nicht mehr bestehen.

Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Disagio wird in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen werden nach Maßgabe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und bei einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Effekte aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes sowie Zeiteffekte aus der Abzinsung von Rückstellungen werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Der aus den durch das BilMoG geänderten gesetzlichen Vorschriften resultierende Umstellungseffekt wird auf 15 Jahre verteilt. Im Geschäftsjahr 2014 wird im Wesentlichen ein Fünfzehntel dieses Betrages als außerordentlicher Aufwand erfasst. Die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen, Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen werden ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in voller Höhe passiviert.

Beim Diskontierungssatz wird die Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB (Restlaufzeit von 15 Jahren) in Anspruch genommen.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden unter dem Bilanzstrich zum Nennbetrag abzüglich bilanziell angesetzter Rückstellungen bilanziert.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB sowie unter Berücksichtigung der Stellungnahme IDW RS BFA 4 des Bankenfachausschusses (BFA) des IDW. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Kassa-Geschäfte werden zum EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte unterliegen je Währung der besonderen Deckung. Durch prozessuale Vorkehrungen wird sichergestellt, dass offene Währungspositionen täglich geschlossen werden. Erträge und Aufwendungen aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gem. § 340h HGB erfolgswirksam vereinnahmt. Sich nicht ausgleichende Betragsspitzen aus offenen Währungspositionen werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln abgebildet.

Der Ausweis entsprechender Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung erfolgt unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

II. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Laufzeitengliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten (§ 9 RechKredV)

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute	**445**	**633**
b) andere Forderungen	231	187
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	161	175
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	57	—
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	6	7
– mehr als fünf Jahren	7	5
Forderungen an Kunden	**10.193**	**10.158**
mit unbestimmter Laufzeit	745	741
mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	493	533
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	667	642
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	2.567	2.567
– mehr als fünf Jahren	5.721	5.675
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2.615**	**2.531**
davon im Geschäftsjahr 2015 (2014) fällig	449	523
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**4.341**	**4.607**
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.170	4.135
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	975	1.028
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	576	360
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	1.184	1.250
– mehr als fünf Jahren	1.435	1.497
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**7.845**	**7.641**
a) Spareinlagen	2.240	2.186
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	191	196
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	8	8
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	161	173
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	22	15
– mehr als fünf Jahren	—	—
b) andere Verbindlichkeiten	5.605	5.455
bb) mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.458	1.663
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	385	633
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	340	261
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	262	166
– mehr als fünf Jahren	471	603
Verbriefte Verbindlichkeiten	**761**	**760**
a) begebene Schuldverschreibungen	761	760
davon im Geschäftsjahr 2015 (2014) fällig	72	84
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	—	—
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	—	—
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	—	—
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	—	—
– mehr als fünf Jahren	—	—

Aufgliederung „6a Handelsbestand Aktiv“

Mio. Euro	2014	2013
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Eigene Schuldverschreibungen	68,8	49,3
Risikoabschlag	– 0,2	– 0,4
Gesamt	**68,6**	**48,9**

Der Aktivposten Handelsbestand enthält im Wesentlichen die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen.

Forderungen und Verbindlichkeiten an beziehungsweise gegenüber verbundenen Unternehmen

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen:		
Forderungen an Kreditinstitute[1]	14	12
Forderungen an Kunden	—	—
Treuhandvermögen	—	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	188	184
Sonstige Vermögensgegenstände	20	41
Gesamt	**222**	**237**
Verbindlichkeiten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97	123
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30	35
Treuhandverbindlichkeiten	—	—
Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten	—	6
Gesamt	**127**	**164**

1 Davon 2,2 Mio. Euro Nachrangige Forderungen

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro), Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Treuhandgeschäfte

Mio. Euro	2014	2013
Treuhandvermögen:		
Forderungen an Kunden	4	7
Gesamt	**4**	**7**
Treuhandverbindlichkeiten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	2
Gesamt	**4**	**7**

Fremdwährungsvolumina

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden:

Mio. Euro	2014	2013
Vermögensgegenstände	100	104
Schulden	112	108

Wertpapiere und Finanzanlagen

In den nachfolgenden Bilanzposten enthaltene börsenfähige Wertpapiere:

Mio. Euro	2014		
	Gesamt	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2.615**	2.615	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**188**	—	188
Handelsbestand	**69**	—	69
Beteiligungen	**1**	—	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	**15**	—	15
Sonstige Vermögensgegenstände	**176**	—	176

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Papiere im Wert von 449,2 Mio. Euro enthalten, die im Geschäftsjahr 2015 fällig werden. Die Bewertung erfolgt für die Positionen der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Wertpapiere des Handelsbestandes werden mit einem internen Modell bewertet (abzgl. eines Credit Spread für die OLB). In dieser Position werden im Jahr 2015 8,3 Mio. Euro fällig. Die Wertpapiere des Anlagebestandes wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Anteile an inländischem Investmentvermögen i. S. d. § 1 Abs. 6 KAGB

Die Anteile an inländischem Investmentvermögen bestehen gemäß deren Anlagezielen in einem Rentenspezialfonds überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren erstklassiger Bonität (AllianzGI-Fonds WE). Darüber hinaus besteht ein Spezialfonds mit einem Schwerpunkt in Aktien- und Rentenfonds (AllianzGI-Fonds Ammerland), um gemäß Anlageziel Renditechancen zu nutzen und das Risikoprofil zu optimieren.

Mio. Euro	Bilanzwert 31.12.2014	Marktwert 31.12.2014	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttung 2014
AllianzGI-Fonds WE	94,8	94,8	—	2,2
AllianzGI-Fonds Ammerland	93,5	93,5	—	—

Die Ausschüttung erfolgte aus thesaurierten Erträgen. Eine tägliche Rückgabe der Anteile ist möglich. Es gab keine unterlassenen Abschreibungen.

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. Euro	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen Gesamt	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 2014	Restbuchwert 2013
Wertpapiere des Anlagevermögens	608,6	59,6	—	115,5	—	—	—	**552,7**	608,6
Beteiligungen	0,9	0,2	—	—	—	0,1	—	**1,0**	0,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	14,8	—	—	—	0,5	—	—	**15,3**	14,8
Grundstücke und Gebäude[1]	144,2	—	—	—	—	92,6	3,1	**51,6**	54,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung[2]	122,6	11,0	—	9,5	—	93,8	8,3	**30,3**	27,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	33,0	1,9	—	—	—	24,9	2,7	**10,0**	10,9

1 Die Grundstücke und Gebäude werden zu 99,6 % (dies entspricht einem korrespondierenden Betrag von 51,4 Mio. Euro) im Rahmen der eigenen Tätigkeit der Bank genutzt.

2 Die Abschreibungen des Geschäftsjahres enthalten Abschreibungen auf Leasinggegenstände in Höhe von 0,0 Tsd. Euro.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt. Durch zinsinduzierte Bewertung resultierte zum 31. Dezember 2014 ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 599,8 Mio. Euro. Zum Bilanzstichtag waren keine Wertpapiere im Anlagevermögen, deren beizulegender Zeitwert unterhalb des Buchwerts lag.

Sonstige Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr wurden zurückgekaufte und zum Einzug vorgesehene eigene Schuldverschreibungen zum Marktwert von 48,1 Mio. Euro (Vorjahr: 127,9 Mio. Euro) in die sonstigen Vermögensgegenstände übertragen. Außerdem sind hier neben den Steuererstattungsansprüchen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 18,0 Mio. Euro und Ansprüchen gegenüber den Kommunen in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr insgesamt: 22,4 Mio. Euro) auch Forderungen aus der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr in Höhe von 15,2 Mio. Euro (Vorjahr: 14,0 Mio. Euro) enthalten. Ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangements“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen wurde in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro) ausgewiesen und in der Position Andere Rückstellungen mit dem Deckungsvermögen saldiert. Im Jahr 2014 beinhaltete die Position Sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus dem Bereich Group Equity Incentive (GEI) in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) sowie zum Einzug erhaltene Papiere in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro). Darüber hinaus werden diverse Provisionsforderungen ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Disagiobeträge aus Verbindlichkeiten in Höhe von 7,5 Mio. Euro gemäß § 250 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 268 Abs. 6 HGB enthalten.

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere der Bank von nominal 500,0 Mio. Euro bei der XEMAC, dem Sicherheitenverwaltungssystem der Clearstream Banking AG, Frankfurt, verpfändet. Zum Jahresultimo wurde von den Refinanzierungsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht. Für die Besicherung des Eurex-Eigenhandels wurden Wertpapiere im Nennwert von 24,9 Mio. Euro bei Cortal Consors S. A. hinterlegt.

Am Bilanzstichtag gab es Rücknahmeverpflichtungen in Höhe von 841,7 Mio. Euro (Buchwert: 852,5 Mio. Euro) für in Pension gegebene Vermögenswerte aus dem Repo-Geschäft.

Pensionsrückstellungen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat Pensionszusagen erteilt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden. Der Erfüllungsbetrag wird auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt beziehungsweise als Barwert der erworbenen Anwartschaft ausgewiesen.

in %	2014
Diskontierungszinssatz	**4,50**
Rententrend	**1,70**
Gehaltstrend (inkl. durchschnittlichem Karrieretrend)	**3,25**

Als Rechnungszins für die BilMoG-Bewertung wurde der auf den 31.12.2014 prognostizierte Zinssatz für eine Duration von 15 Jahren in Höhe von 4,50 % p. a. verwendet.

Abweichend hiervon werden bei einem Teil der Pensionszusagen der Garantiezins der Pensionszusage von 2,75 % pro Jahr und die garantierte Rentendynamik von 1,00 % pro Jahr zugrunde gelegt.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT2005G verwendet, die bezüglich der Sterblichkeit, Invalidisierung und Fluktuation an die unternehmensspezifischen Verhältnisse angepasst wurden.

Als Pensionierungsalter wird die vertraglich vorgesehene beziehungsweise die sich nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 ergebende Altersgrenze angesetzt.

Ein Teil der Pensionszusagen ist im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangements“ (Methusalem Trust e. V.) abgesichert. Dieses Treuhandvermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert beziehungsweise der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Mio. Euro	2014
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	**29,2**
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	**29,4**
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	**177,8**
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	**24,4**

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für Risiken aus noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen und für Steuerzahlungen aufgrund ausstehender Bescheide.

Andere Rückstellungen

Die Anderen Rückstellungen in Höhe von 62,9 Mio. Euro beinhalten Rückstellungen für Abschlussvergütung, Vorruhestandsverpflichtungen, Restrukturierungsmaßnahmen, die Bonifizierung von Spareinlagen sowie Rückstellungen für das Kreditgeschäft und für Rechtsrisiken.

Die Gesellschaft hat Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen, die unter den Anderen Rückstellungen ausgewiesen werden. Ein Teil dieser Verpflichtungen ist im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangements“ (Methusalem Trust e. V.) abgesichert. Das im Methusalem Trust e. V. für das Altersteilzeit-Sicherungsguthaben reservierte Vermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert bzw. der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen.

Mio. Euro	2014
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	**4,1**
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	**4,4**
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	**6,0**

Rückstellungsspiegel

Mio. Euro	Jahres-beginn	Ver-brauch	Auflö-sung	Zufüh-rung	Rechn. Zins	Umset-zungen	2014
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	120,0	5,7	1,1	2,6	15,0	–6,9	**123,9**
b) Steuerrückstellungen	6,3	3,9	0,8	0,2	—	—	**1,8**
c) andere Rückstellungen	94,5	43,0	25,6	34,2	3,1	–0,3	**62,9**
Ungewisse Verbindlichkeiten	73,2	39,9	14,8	25,8	1,1	–0,3	**45,1**
Rückstellungen im Kreditgeschäft	5,7	—	3,7	1,0	1,3	—	**4,3**
Sonstige	15,6	3,1	7,1	7,4	0,7	—	**13,5**
Gesamt	**220,8**	**52,6**	**27,5**	**37,0**	**18,1**	**–7,2**	**188,6**

Sonstige Verbindlichkeiten

Dieser Posten betrifft im Wesentlichen noch abzuführende Lohnsteuer für Dezember 2014 in Höhe von 1,6 Mio. Euro, noch abzuführende Kapitalertragsteuer in Höhe von 6,7 Mio. Euro sowie noch abzuführende Umsatzsteuer in Höhe von 2,3 Mio. Euro.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite sind 9,8 Mio. Euro Disagiobeträge und Bearbeitungsgebühren aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 HGB enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Mittelaufnahmen von mehr als 10 % des Gesamtbetrages betreffen nachfolgende Positionen:

OLB-Inhaberschuldverschreibungen

Betrag (Mio. Euro)	Nominalzinssatz (%)	Fälligkeit (Jahr)
43	4	2017

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen insgesamt nominal 221,5 Mio. Euro.

Für alle Mittelaufnahmen gilt:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht Nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes.

Der gesamte Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten betrug im Berichtsjahr 11,1 Mio. Euro.

Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB

Das Eigenkapital und die Reserven nach § 340g HGB der Bank veränderten sich wie folgt:

Euro			
Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)			**60.468.571,80**
Kapitalrücklage		208.306.686,77	
Gewinnrücklagen			
a) Gesetzliche Rücklage	171.066,50		
b) Rücklage für eigene Anteile	—		
c) Andere Gewinnrücklagen Stand 1. Januar 2014	315.138.289,71		
Zuführung 2014 aus Bilanzgewinn 2013	2.397.404,98		
Gewinnrücklagen insgesamt		317.706.761,19	
Rücklagen insgesamt			526.013.447,96
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB			12.925.784,03
Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB insgesamt			**599.407.803,79**

Das gezeichnete Kapital ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber.

Die Allianz Deutschland AG hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Oldenburgische Landesbank AG.

Die Allianz SE, München, stellt einen Konzernabschluss auf, in den der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss der Allianz SE wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Darüber hinaus stellt auch die Oldenburgische Landesbank AG einen eigenen (Teil-)Konzernabschluss nach IFRS auf.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15.000.000 Euro zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Eigene Aktien

Gemäß Beschluss durch die Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, Eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Aufgrund dieses Beschlusses dürfen Aktien nur erworben werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der im amtlichen Kursblatt der Börse Hamburg veröffentlichten Schlusspreise für die Aktien der OLB an den dem Erwerb vorausgehenden drei Börsentagen um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet.

Am 31. Dezember 2014 hatten wir keine eigenen Aktien im Bestand.

Zum Jahresende hatten wir 14.324 Stück eigene Aktien mit einem Nennwert von 37 Tsd. Euro in Pfand genommen. Das sind 0,06 % des Grundkapitals unserer Bank.

Ausschüttungssperre

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB sind folgende Beträge ausschüttungsgesperrt:

Tsd. Euro	2014
Ausschüttungsgesperrte Beträge	
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersteilzeit zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	312
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersvorsorge zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	293
Gesamtbetrag	**605**

Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.065
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	**4.066**

Per 31.12.2014 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank aus einem Offenmarktgeschäft:
75 Mio. Euro zu 0,05 % mit einer Laufzeit vom 18.12.2014 bis 26.03.2015

Eventualverbindlichkeiten

Mio. Euro	2014
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	—
davon bei der Deutschen Bundesbank rediskontiert	—
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	296
davon Kreditbürgschaften	11
davon Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	278
davon Akkreditive	7
davon Akkreditiveröffnungen	7
davon Akkreditivbestätigungen	—
Haftung aus den Bestellungen von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—

Soweit sich aus den zugrunde liegenden Kundenverbindungen Risiken der Inanspruchnahme ergeben, wurde für diese Risiken durch Rückstellungsbildung Vorsorge getroffen. In allen Fällen lag die geschätzte Inanspruchnahmewahrscheinlichkeit unter 50 %. Die Verpflichtungen werden kreditmäßig überwacht und beordnet.

Andere Verpflichtungen

Mio. Euro	2014
Buchkredite kurzfristig	94
Buchkredite langfristig	309
Avalkredite	132
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	55
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**590**

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich hinsichtlich der angegebenen Volumina um noch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge nehmen Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Im Bereich der Aufwendungen handelt es sich im Geschäftsjahr 2014 insbesondere um belastende Effekte aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 15,0 Mio. Euro.

Des Weiteren sind in Sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen Zinseffekte aus der Änderung der Restlaufzeit und aus Änderungen des Zinssatzes in folgender Höhe enthalten:

Mio. Euro	2014 Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2014 Sonstige Verpflichtungen
Ertrag aus dem beizulegenden Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	– 1,0	—
Rechnerische Verzinsung des Erfüllungsbetrages der verrechneten Schulden	8,0	0,3
Effekt aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes für den Erfüllungsbetrag	8,0	—
Netto-Betrag der verrechneten Erträge und Aufwendungen	15,0	0,3

Die Sonstigen betriebliche Aufwendungen und Erträge enthalten im Berichtsjahr außerdem Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von + 0,2 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: + 0,3 Mio. Euro Erträge).

Außerordentliches Ergebnis

Aus der planmäßigen Verteilung des Unterschiedsbetrags aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Rahmen der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von – 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: – 3,5 Mio. Euro).

Außerdem sind hier Restrukturierungsaufwendungen enthalten, die sich auf Maßnahmen im Rahmen der Veränderung der Filialstruktur beziehen; hierzu gehören unter anderem zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen. Dem stehen im Wesentlichen Auflösungen aus Restrukturierungsrückstellungen entgegen, die im Zuge der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank gebildet, letztendlich aber nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand für das Berichtsjahr beträgt 12,6 Mio. Euro. Vom gesamten Steueraufwand entfielen 6,4 Mio. Euro auf Körperschaftsteuer und 6,2 Mio. Euro auf Gewerbesteuer.

Latente Steuern

Die per saldo Aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des in § 274 Abs. 1 S. 2 HGB enthaltenen Wahlrechts nicht angesetzt.

Die umfangreichsten Abweichungen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen ergeben sich bei den folgenden Bilanzpositionen, die zu Aktiven / Passiven latenten Steuern führen.

Mio. Euro	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Saldo
Bilanzposition			
Forderungen an Kunden	1,9	—	1,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	2,1	—	2,1
Sonstige Vermögensgegenstände	4,4	—	4,4
Pensionsrückstellungen	12,2	—	12,2
Andere Rückstellungen	2,6	– 0,9	1,7
Gesamt	**23,2**	**– 0,9**	**22,3**

Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt mit einem Steuersatz von 31,000 %. Der Steuersatz setzt sich aus dem aktuell gültigen Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 % (incl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,500 %) sowie dem für den Allianz Konzern anzuwendenden Gewerbesteuersatz in Höhe von 15,175 % zusammen.

III. Sonstige Angaben

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

Geschäfte mit Derivaten

Mio. Euro	Nominalwerte 2014	Nominalwerte 2013	Marktwerte positiv 2014	Marktwerte negativ 2014
Zinsrisiken (OTC-Kontrakte)				
Caps	24	36	—	—
Swaps (Kundengeschäft)	148	200	6	– 5
Swaps (Bankbuchsteuerung)	1.416	1.346	33	– 129
Summe Zinsrisiken	**1.588**	**1.582**	**39**	**– 134**
Währungsrisiken (OTC-Kontrakte)				
Devisenoptionen (Long)	—	7	—	—
Devisenoptionen (Short)	—	7	—	—
FX-Swaps und Devisentermingesch.	130	152	2	– 2
Summe Währungsrisiken	**130**	**166**	**2**	**– 2**

Bei diversen Positionen handelt es sich um Werte, die unter 500 Tsd. Euro liegen.

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

Mio. Euro	Nominalwerte 2014	Nominalwerte 2013	Marktwerte positiv 2014	Marktwerte negativ 2014
OECD Bank	1.578	1.574	35	– 134
sonstige Kontrahenten	140	174	6	– 2
Derivate gesamt	**1.718**	**1.748**	**41**	**– 136**

Derivative Geschäfte – nach Restlaufzeiten (Nominalwerte in Mio. Euro)

	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
Restlaufzeit	**2014**	2013	**2014**	2013
bis zu 3 Monaten	—	114	90	92
über 3 Monate bis 1 Jahr	61	169	38	74
über 1 bis 5 Jahre	778	661	2	—
über 5 Jahre	749	638	—	—
Derivate gesamt	**1.588**	**1.582**	**130**	**166**

Zum 31. Dezember 2014 wurden keine Derivate im Handelsbestand geführt.

Die derivativen Geschäfte dienen im Wesentlichen der Abdeckung von Zins-, Wechselkurs oder Aktienkursschwankungen.

In die Ermittlung eines möglichen Verpflichtungsüberschusses aus zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs werden Zinsswaps für die Bankbuchsteuerung mit einem Volumen von 1.416 Mio. Euro einbezogen. Der negative Zeitwert dieser Zinsswaps liegt zum Stichtag bei –128,7 Mio. Euro, der positive Zeitwert bei 32,6 Mio. Euro. Zusätzlich werden Zinskontrakte, die aus dem Kundengeschäft resultieren, mit einem Volumen von 171,4 Mio. Euro einbezogen, die positive beizulegende Zeitwerte von 5,5 Mio. Euro sowie negative beizulegende Zeitwerte von –5,1 Mio. Euro aufweisen. Die Marktwerte dieser Zinsswaps werden nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Derivate finden Verwendung bei durchgehandelten Kundengeschäften (Glattstellung von Risiken aus Derivategeschäften unserer Kunden) und im Rahmen unserer Aktiv-Passiv-Steuerung.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (u. a. Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert), die automatisch im Handelssystem PRIME der Bank ermittelt werden. Die oben stehende Tabelle weist die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalwerte dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	**2014**
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasingverträgen	109
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	7
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	0
Gesamt	**117**
davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	8

Die mit dem Nominalwert angesetzten Verpflichtungen enthalten Fälligkeiten bis zum Jahre 2027, hauptsächlich bedingt durch langfristige Mietverträge.

Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen

Für die Munich Filmpartners (MFP) besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der mithaftenden Gesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die Bank verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, sowie W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, anfallen.

Haftungsverhältnisse aus betrieblicher Altersversorgung und ähnlichen Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung für die Mitarbeiter der deutschen Tochtergesellschaften ist in der Regel die Mitgliedschaft in der Allianz Versorgungskasse VVaG (AVK), die als rechtlich selbstständige und regulierte Pensionskasse der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegt. Die Leistungen der AVK werden nach dem Einmalbeitragssystem über Zuwendungen der Trägergesellschaften an die Kasse durch Gehaltsumwandlung finanziert. Zu den Trägerunternehmen gehört neben der Allianz SE, der Allianz Deutschland AG, der Allianz Versicherungs-AG und der Allianz Lebensversicherungs-AG unter anderem auch die Oldenburgische Landesbank AG.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist verpflichtet, anteilige Verwaltungskosten der AVK zu tragen und entsprechend den Rechtsgrundlagen gegebenenfalls Zuschüsse zu leisten.

Außerdem leisten die Trägergesellschaften Zuwendungen an den Allianz Pensionsverein e.V. (APV), eine kongruent rückgedeckte Konzern-Unterstützungskasse.

Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen an ehemalige Vorstandsmitglieder / Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstandsmitglieder / Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene stellen sich wie folgt dar:

Mio. Euro	2014	2013
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	0,8	0,7
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	0,8	0,7
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	15,6	16,8
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	2,7	2,6
Pensionsrückstellung / aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	12,1	13,5

Als beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zugrunde gelegt.

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Folgende für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erreichen einen wesentlichen Umfang im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Bank:

- Depotverwaltung
- Vermögensverwaltung
- Vermittlung von Versicherungs- und Bauspargeschäften
- Verwaltung von Treuhandkrediten
- EDV-Dienstleistungen

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank 2.289 (Vorjahr: 2.562) Mitarbeiter, hierin sind die Auszubildenden nicht enthalten. Die Mitarbeiter verteilen sich wie folgt:

	Männlich	Weiblich	Gesamt
Mitarbeiter Vollzeit	973	673	1.646
Mitarbeiter Teilzeit	42	601	643
Gesamt	**1.015**	**1.274**	**2.289**

Am 31. Dezember 2014 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.257 (Vorjahr: 2.387); daneben waren 221 Auszubildende bei der Oldenburgische Landesbank AG tätig.

Corporate Governance

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde im Dezember 2014 abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: https://www.olb.de/dieolb/2626.php) zugänglich.

Organvergütung und Kreditgewährung an Organe

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 315,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 309,1 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 26,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 128,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 3,74 % und 8,49 %. Daneben bestand ein Avalkredit in Höhe von 5,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 5,7 Tsd. Euro), für den eine Avalprovision in Höhe von 3,25 % gezahlt wurde. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.771,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.927 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 3.715 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.863 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 125,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7 Tsd. Euro (Vorjahr: 2,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 140,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 425 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 8,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 24,2 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,94 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 60 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,4 Tsd. Euro) ausgenutzt. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr 0,0 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,36 % und 1,67 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Die Vergütung des Vorstandes gemäß HGB im Geschäftsjahr 2014 betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro). Hierin enthalten sind Restricted Stock Units (RSU) mit einem Zeitwert von insgesamt 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2014 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 2.074 Stück Stock Appreciation Rights (SAR) sowie 37.501 Stück RSU.

Für die Erhöhung der Pensionsrückstellungen der aktiven Vorstandsmitglieder wurden 752,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 422,5 Tsd. Euro) aufgewendet. Am 31. Dezember 2014 betrugen die Pensionsrückstellungen der Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 2.048,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.178,1 Tsd. Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 1,1 Mio. Euro gezahlt. Der Erfüllungsbetrag für diesen Personenkreis belief sich auf 15,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,8 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 betrug 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro).

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2014 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG.

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40.000 Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 300 Euro (jeweils zzgl. MwSt.).

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im zusammengefassten Lagebericht.

Anteilsbesitz

Im Folgenden eine Übersicht über den Anteilsbesitz der OLB AG:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigenkapital Mio. Euro	Perioden-ergebnis 2014 Mio. Euro[1]	Perioden-ergebnis 2013 Mio. Euro[1]
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100	9,31	0,46	– 0,07
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100	9,16	0,54	0,62
OLB-Service GmbH, Oldenburg	100	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg	100	0,03	—	—

1 Periodenergebnisse nach Ergebnisabführung

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Honorare für den Abschlussprüfer

Tsd. Euro	2014	2013
Abschlussprüfungsleistungen	905	771
Andere Bestätigungsleistungen	2.603	2.046
Gesamt[1]	**3.508**	**2.817**

1 Vom Gesamtbetrag 2014 betreffen 58 Tsd. Euro das Vorjahr.

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner
Vorsitzender
Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
Konzernmandate:
- Allianz Managed Operations & Services SE (stellv. Vorsitzender)

Uwe Schröder
Stellvertretender Vorsitzender
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker
Vorstandsvorsitzender der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
Konzernmandate:
- EWE Vertrieb GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Konzernmandate:
- EWE Turkey Holding A. S., Türkei

Prof. Dr. Andreas Georgi
Consultant, Starnberg
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück (stellv. Vorsitzender)

Svenja-Marie Gnida
Filialleiterin, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück

Stefan Lübbe
Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung Firmenkunden und Private Banking Oldenburger Münsterland, Oldenburgische Landesbank AG, Vechta

Prof. Dr. Petra Pohlmann
Professorin an der WWU, Münster
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
- Allianz Versicherungs-AG, München

Horst Reglin
Gewerkschaftssekretär der Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft, Oldenburg
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Rainer Schwarz
Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG, München

Carl-Ulfert Stegmann
Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney
Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
- Wyker Dampfschiffsreederei Föhr-Amrum GmbH, Wyk auf Föhr

Gabriele Timpe
Kundenberaterin, Oldenburgische Landesbank AG, Lähden

Christine de Vries
Organisatorin Prozesse und Projekte, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow (bis 31. Dezember 2014)
Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten
Konzernmandate:
- AllSecur Deutschland AG

Dr. Thomas Bretzger
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien
Konzernmandate:
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (stellv. Vorsitzender)
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender)

Jörg Höhling (bis 31. Dezember 2014)
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Hilger Koenig
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien
Konzernmandate:
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender)
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender)
- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

Patrick Tessmann (seit 1. November 2014)
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Bilanzgewinn von 20,0 Mio. Euro aus. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, einen Betrag in Höhe von 5,8 Mio. Euro zur Zahlung einer Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden. Der verbleibende Betrag in Höhe von 14,2 Mio. Euro soll für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgeschlagen werden.

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Patrick Tessmann
Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Karin Katerbau

Hilger Koenig

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Patrick Tessmann
Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Karin Katerbau

Hilger Koenig

Anlage zum Jahresabschluss gemäß KWG § 26a Offenlegung durch die Institute

CRR-Institute haben auf konsolidierter Basis, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten, in denen die Institute über Niederlassungen verfügen, folgende Angaben in eine Anlage zum Jahresabschluss im Sinne des § 26a Absatz 1 Satz 2 aufzunehmen, von einem Abschlussprüfer nach Maßgabe des § 340k des Handelsgesetzbuchs prüfen zu lassen und offenzulegen:

1. Firmenbezeichnungen, Art der Tätigkeiten und geografische Lage der Niederlassungen:

Die Firma der Gesellschaft lautet: Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art, mit Ausnahme des Investmentgeschäfts, sowie von solchen Geschäften und Dienstleistungen, die den Absatz von Bank- und Finanzprodukten fördern können. Der Sitz der Konzerngesellschaften sowie aller Filialen (Niederlassungen) befindet sich in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Umsatz:

Als „Umsatz“ im Sinne des § 26a Absatz 1 Satz 2 KWG werden die laufenden Erträge gemäß dem nach den IFRS aufgestellten Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesen:

Mio. Euro	2014	2013
Zinsüberschuss	237,2	237,7
Provisionsüberschuss	70,9	81,0
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5
Übrige Erträge	0,4	17,6
Laufende Erträge / Umsatz	**312,7**	**339,8**

3. Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten:

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB gemäß Konzernabschluss 2.347 (Vorjahr: 2.619) Mitarbeiter. Dies entspricht einer Mitarbeiterkapazität von 1.915 (Vorjahr: 2.125) Vollzeitäquivalenten.

4. Gewinn oder Verlust vor Steuern:

Als „Gewinn vor Steuern“ wird das im Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesene Ergebnis vor Steuern dargestellt:

Mio. Euro	2014	2013
Ergebnis vor Steuern	34,7	9,1

5. Steuern auf Gewinn oder Verlust:

Als „Steuern auf Gewinn“ wird der im Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG ausgewiesene Steueraufwand gemäß IAS 12 als Summe aus tatsächlichen und latenten Steuern dargestellt:

Mio. Euro	2014	2013
Steuern	9,8	0,4

6. Erhaltene öffentliche Beihilfen:

Im Berichtsjahr, wie auch im Vorjahr, erhielt die Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft keine öffentlichen Beihilfen.

In ihrem Jahresbericht legen die CRR-Institute ihre Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, offen.

Als Nettogewinn auf konsolidierter Basis definiert die Bank das Ergebnis nach Steuern (Gewinn) im Konzernabschluss. Als Bilanzsumme auf konsolidierter Basis definiert die Bank die Summe der Aktiva bzw. Passiva im Konzernabschluss:

Mio. Euro	2014	2013
Nettogewinn / Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	24,9	8,7
Bilanzsumme / Summe der Aktiva bzw. Passiva	14.135,7	14207,8
Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme (Kapitalrendite)	**0,18 %**	**0,06 %**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, und ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. März 2015
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

König	Olschewski
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Herausgeber
Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–1457
E-Mail olb@olb.de

Kontakt
Unternehmenskommunikation

Zertifizierung

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
Paper from responsible sources
FSC® C118591

Print CO_2 kompensiert
Id-Nr. 1546382
www.bvdm-online.de

Veröffentlichungsdatum
30. März 2015

Dieser Bericht ist im Internet unter
www.olb.de abrufbar.

www.olb.de